

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M., im voraus zahlbar, Halbjahres 12,30 M., einschließlich 60 Pf. Postwertzeichen und 72 Pf. Postbefreiungsgeldern. Zustandsabonnement 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckfahrsporto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Wochen Ausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Welt und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stetsbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einpalt. Kompositionelle 80 M. Reklamestelle 5.— M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf. (quadratisch zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Kabutt lt. Tarif, Sitzungsberichte des erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags täglich von 8 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernstr.: Dönhoff (A 7) 293-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. S. u. Disc.-Ges., Depofitent., Jerusalemstr. 65/66.

Die neuen Notverordnungen.

Banken bis Sonnabend nur für Lohngehälter geöffnet. — Erlaß einer Devisenverordnung. — Reichsbankdiskont 10 Prozent.

Heute öffnen die Banken wieder ihre Schalter. Zur geordneten Abwicklung des Verkehrs soll ihnen die erste der neuen Notverordnungen helfen. Es sollen vor allem — und das entspricht der Forderung, die im Aufruf der Sozialdemokratischen Partei erhoben wurde — die Lohn-, Gehalts- und Rentenauszahlungen gesichert werden. Bis zum 16. Juli dürfen nur derartige Auszahlungen vorgenommen werden. Ob mit der Verordnung und den von den Banken gefassten Beschlüssen erreicht wird, daß wirklich alles überall klappt, muß abgewartet werden.

Die Frage, wie die notwendigen Zahlungsmittel beschafft werden, ist noch nicht gelöst. Da die notwendigen großen Auslandsanleihen einstmals nicht aufzubringen sind, sieht man nur zwei Möglichkeiten: ein längeres Moratorium oder eine Vermehrung der Zahlungsmittel bei Herabsetzung der Deckungsgrenze unter 40 Proz. Gegen ein Moratorium werden mit Recht die allerschwersten Bedenken erhoben — man befürchtet, daß es den allgemeinen Zusammenbruch nicht verhindern, sondern eher fördern würde — und so bleibt tatsächlich als das kleinere Übel nur die Vermehrung der Zahlungsmittel über das bisherige Deckungsverhältnis hinaus.

Der Zustand, der jetzt besteht, ist das Gegenteil einer Inflation, eine ins Unerträgliche gesteigerte Verknappung der Zahlungsmittel, an der in erster Linie nicht der Staat sondern die Privatwirtschaft leidet. Die Behebung dieses Zustandes ist noch keine Inflation und wird, wenn man richtig vorgeht, auch nicht zur Inflation führen.

Die sozialdemokratische Forderung nach Sicherung der Löhne, Gehälter und Unterstützungen kann nur dann erfüllt werden, wenn die Reichsbank unverzüglich der Wirtschaft gegen Warenwechsel Zahlungsmittel zur Verfügung stellt.

Eine vorübergehende Herabsetzung der Deckungsgrenze ist gesetzlich nicht möglich und wirtschaftlich nicht gefahrlos ohne eine entsprechende Erhöhung des Diskonts. Die Reichsbank kann auf dem Geldmarkt nicht den billigen Jakob spielen, sonst wachsen die Ansprüche, die man an sie stellt, ins Ungemessene. Ob die jetzt erfolgte Erhöhung des Diskontsatzes von 7 auf 10 Proz. und des Lombardzinsfußes auf 15 Proz. ausreichend sein wird, muß man bezweifeln. Es gibt Sachverständige, die jetzt schon Sätze von 20 bis 30 Proz. nennen! Daß solche Zinssätze normalerweise nicht zu ertragen sind, bedarf keiner näheren Ausführungen. Aber ein hoher Diskontsatz ist immer noch leichter zu ertragen als der Zustand, daß jedermann zur Reichsbank läuft, weil er dort das Geld am billigsten bekommt!

Die Reichsbank muß sich nicht nur durch einen hohen Zinszaun vor übermäßigen Kreditansprüchen sichern, sie wird sich auch die Kreditwerber etwas genauer ansehen müssen. Wer über Auslandsguthaben und Devisen verfügt, soll erst diese flüssig machen, bevor er sich von der Reichsbank Markt leiht. Der Kredit der Reichsbank darf nicht dazu mißbraucht werden, die Devisenhamsteri zu finanzieren!

Mit der Regulierung des Devisenverkehrs beschäftigt sich die zweite der neu erlassenen Notverordnungen. Die Reichsregierung unterstellt die ausländischen Zahlungsmittel einer Bewirtschaftung, um die notwendigen Devisen herbeizuschaffen, die zur Finanzierung der Einfuhr und zur Befriedigung ausländischer Forderungen nötig sind. Zu diesem Zwecke ist der Ankauf und Verkauf von Devisen und fremden Noten bei der Reichsbank zentralisiert worden, er darf nur noch durch die Reichsbank erfolgen. Das Termingeschäft in ausländischen Zahlungsmitteln ist verboten worden, um Spekulationen gegen die Mark zu unterbinden. Der Berliner amtliche Devisenkurs wird künftig für das ganze Reich Gültigkeit haben.

Darüber hinaus enthält die Notverordnung Bestimmungen zur Bekämpfung der Kapitalflucht.

Bei allen Maßnahmen, die getroffen oder noch zu treffen sind, erhebt sich die Frage, ob sie dazu dienen sollen, die ausländische Kredithilfe zu erschaffen, oder ob sie nur die deutsche

Wirtschaft so lange über Wasser halten sollen, bis die ausländische Kredithilfe kommt. Dazu ist zu sagen, daß es Maßnahmen, die die Kredithilfe erschaffen können, nicht gibt, es sei denn, man schreckte nicht davor zurück, das Volk den furchtbarsten Entbehrungen auszusetzen. Selbst der Desperadoplan des Herrn Schacht, so gut wie alle Sozialausgaben zu streichen, würde dazu nicht ausreichen. Von den politischen Folgen gar nicht zu reden...

Bei dieser Gelegenheit sei ausgesprochen: Je weniger Herr Schacht von sich reden macht und je weniger die Reichsregierung ihm Gelegenheit gibt, von sich reden zu machen, desto besser ist es! Herr Schacht in seinem gegenwärtigen Geisteszustand ist eine außen- und innenpolitische Gefahr. Die aufdringliche Reklame, die ein Teil der Presse für ihn treibt, ist nur geeignet, diese Gefahr noch deutlicher zu machen.

Kein Schacht und kein Desperadoplan kann an der Tatsache etwas ändern, daß die deutsche Wirtschaft, um wieder flott zu werden, eine starke Kapitalzufuhr aus dem Ausland braucht. Daß diese Kapitalzufuhr eine rein wirtschaft-

liche Angelegenheit ist, die am besten so wenig wie möglich mit politischen Tagesfragen, wie Schiffbau, Zollunion usw., in Verbindung gebracht wird, das ist eine Wahrheit, die in diesem Blatt täglich gepredigt wird. Hoffentlich wird das Ausland sie verstehen; die Vorgänge, die sich gestern an der Pariser Börse abspielten, sind hervorragend geeignet, dieses Verständnis zu fördern.

Ob es gelingen wird, das Ausland ganz auf unsern Standpunkt zu bringen, muß abgewartet werden. Verständigung ist aber nicht anders möglich als so, daß man sich gegenseitig entgegenkommt, und wer in dringender Not auf Suche nach Anheihen geht, der darf nicht von vornherein eine Haltung einnehmen, die jedes Entgegenkommen von seiner Seite ausschließt. Die Einnahme einer solchen Haltung und die Erweiterung des nationalistischen Einflusses auf die Reichsregierung würde ungefähr soviel bedeuten, daß der Schuldner seine Verhandlungen mit dem Gläubiger durch einen wohlgezielten Fausthieb auf dessen Nase eröffnet.

Darum Ablehnung jeder nationalistischen Politik der Herausforderungen! Und nie wieder Schacht!

Abbau der Bankfeiertage.

Verordnung des Reichspräsidenten über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach Bankfeiertagen, den Verkehr mit Devisen und über Kursveröffentlichungen.

Auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1.

Die Reichsregierung ist ermächtigt, die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach Bankfeiertagen zu regeln. Sie kann Maßnahmen zum Schutz gegen die Folgen der Erklärung von Bankfeiertagen und der Regelung der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs treffen.

§ 2.

Die Reichsregierung ist ermächtigt, Vorschriften 1. über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung in Anlehnung an die Devisenverordnung vom 8. November 1924 (Reichsgesetzbl. I, S. 730), 2. über die Veröffentlichung von Kursen von Wertpapieren und Metallen zu erlassen.

Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. Juli 1931 wird verordnet:

§ 1.

(1) Nach Ablauf der für den 14. und 15. Juli 1931 erklärten

Reichsbankdiskont 10 Prozent.

Deckungsgrenze unter 40 Prozent gesunken.

Die Reichsbank teilt mit: Mit dem heutigen Tage ist die Gold- und Devisendeckung der Reichsbank unter 40 Proz. gesunken. Die gesetzlich erforderliche Ermächtigung des Generalrats ist hierfür eingeholt worden. Die Reichsbank hält es nicht für richtig, mit der Erhöhung ihres Diskontsatzes zu warten, bis die im § 29 des Bankgesetzes angeordneten Voraussetzungen vorliegen, sondern hat in Vorausnahme dieser Verpflichtung bereits heute mit Wirkung vom 16. Juli d. J. ab den Diskontsatz auf 10 Proz. erhöht. Gleichzeitig ist der Lombardsatz auf 15 Proz. festgesetzt worden.

Bankfeiertage ist ein Zahlungsverkehr nach den folgenden Bestimmungen aufzunehmen.

(2) Die von den Bankfeiertagen betroffenen Institute mit Ausnahme der Privatnotenbanken und der Deutschen Golddiskontbank dürfen Barauszahlungen in der Zeit vom 16. bis einschließlich 18. Juli 1931 nur leisten, soweit der Empfänger die Zahlungsmittel nachweislich benötigt zur Zahlung von

a) Löhnen, Gehältern, Ruhegehältern, Versorgungsgebühren und ähnlichen Bezügen, b) Arbeitslosen- und Krisenunterstützungen und Leistungen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege (Fürsorge), c) Leistungen an Versicherte der Sozialversicherung und wiederkehrende Leistungen an Versicherte aus anderen öffentlichen oder privaten Versicherungsverhältnissen, d) Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, soweit nicht bargeldlose Entrichtung möglich ist.

(3) Die Vorschrift des Abs. 2 gilt entsprechend für den Ueberweisungsverkehr. Ueberweisungen sind jedoch unbeschränkt zulässig a) soweit sie erforderlich sind, um die in Abs. 2 zugelassenen Barauszahlungen zu ermöglichen, b) soweit sie sich innerhalb desselben Instituts vollziehen, c) soweit dadurch Zahlungen zur Durchführung des Befehles über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bewirkt werden, d) soweit Leistungen an einen Versicherungsnehmer zur Erfüllung einer Beitragspflicht bewirkt werden.

(4) Die Annahme von Einzahlungen unterliegt keinen Beschränkungen. Ueber Guthaben, die aus Bareinzahlungen in Reichsmark nach dem 15. Juli 1931 entstanden sind, kann frei verfügt werden.

§ 2.

Insofern die Institute nach der Vorschrift des § 1 Barauszahlungen und Ueberweisungen nicht vornehmen dürfen, gelten die Vorschriften des § 1 Abs. 2 der Durchführungsverordnung vom 13. Juli 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 361) und des Artikel 2 der Zweiten Durchführungsverordnung vom 14. Juli 1931 (Reichsgesetzbl. I S. ...) auch für den 16., 17. und 18. Juli 1931. Diese Tage gelten als staatlich anerkannte allgemeine Feiertage im Sinne der Wechselordnung und des Scheckgesetzes.

§ 3.

Wird ein Schuldner durch die Erklärung von Bankfeiertagen oder die zur Regelung der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs getroffenen Maßnahmen ohne sein Verschulden gehindert, eine Zahlungsverbindlichkeit zu erfüllen, so gelten die Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Zahlung nach Befehl oder Vertrag eingetreten sind oder eintreten, als nicht eingetreten. Die auf Befehl oder Vertrag beruhende Pflicht zur Zahlung von Verzugszinsen wird hierdurch nicht berührt. Der Schuldner kann sich auf die Vorschrift des Satz 1 nicht berufen, wenn er es unterläßt, die Verbindlichkeit unverzüglich nach Befestigung des Hindernisses zu erfüllen.

Die Devisenverordnung.

Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. Juli 1931 wird verordnet:

§ 1.

Ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung dürfen gegen inländische Zahlungsmittel nur von oder durch Vermittlung der Reichsbank erworben und nur an die Reichsbank oder durch ihre Vermittlung abgegeben werden. Die Reichsbank kann die Befugnis zum An- und Verkauf (kommissionsweise oder für eigene Rechnung) anderen Kreditinstituten erteilen.

Die Reichsbank kann von der Vorschrift des Abs. 1 Satz 1 Ausnahmen zulassen.

§ 2.

Termingeschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung oder in Edelmetall gegen inländische Zahlungsmittel sind verboten.

§ 3.

Zahlungsmittel im Sinne dieser Verordnung sind Geldsorten (Münzgeld, Papiergeld, Banknoten und dergleichen), Auszahlungen, Anweisungen, Schecks und Wechsel.

Forderungen in ausländischer Währung im Sinne dieser Verordnung sind Forderungen, bei denen der Gläubiger Anspruch auf Zahlung in effektiver ausländischer Währung hat. Als Forderungen in ausländischer Währung gelten nicht ausländische Wertpapiere.

Edelmetalle im Sinne dieser Verordnung sind Gold, Silber, Platin und Platinmetalle in den im Handel mit solchen Metallen üblichen Formen.

§ 4.

Ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, für die eine amtliche Notierung in Berlin erfolgt, dürfen gegen inländische Zahlungsmittel zu keinem höheren als dem letzten bekannten amtlich in Berlin notierten Briefkurs erworben oder abgegeben werden.

Der Kurs für Auszahlungen ist auch für Geschäfte in Geldsorten maßgebend, wenn für die Geldsorten kein besonderer amtlicher Kurs notiert wird. Wird ein besonderer Kurs notiert, so gilt er nur für Geschäfte in Geldsorten.

§ 5.

Ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, für die eine amtliche Notierung in Berlin nicht vorliegt, dürfen gegen inländische Zahlungsmittel zu keinem höheren als dem letzten bekannten, von einem Ausschuss der Berliner Bedingungsgemeinschaft für den Wertpapierverkehr als Briefkurs ermittelten und in der Presse veröffentlichten Preise erworben oder abgegeben werden.

Ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, für die weder eine amtliche Notierung in Berlin erfolgt, noch gemäß Abs. 1 Preise ermittelt und veröffentlicht werden, dürfen gegen inländische Zahlungsmittel zu keinem höheren als einem Preise erworben oder abgegeben werden, der auf der Grundlage einerseits eines letzten bekannten ausländischen Briefkurses dieses Zahlungsmittels und andererseits des letzten bekannten amtlich in Berlin notierten Briefkurses der Währung des ausländischen Börsenplatzes errechnet ist.

§ 6.

Geschäfte, die gegen eine Vorschrift der §§ 2, 4 oder 5 verstoßen, sind nichtig.

Die Nichtigkeit kann nicht zum Nachteil von Personen geltend gemacht werden, die den die Nichtigkeit begründenden Sachverhalt beim Abschluss des Geschäftes nicht kannten.

§ 7.

Die §§ 2, 4 bis 6 gelten nicht für Geschäfte, die mit der Reichsbank oder der Deutschen Golddiskontbank abgeschlossen werden.

§ 8.

Als inländische Kurse ausländischer Zahlungsmittel dürfen nur die amtlichen Notierungen der Berliner Börse oder ihnen gleichgestellte Preise veröffentlicht werden.

§ 9.

Der Reichswirtschaftsminister oder die von ihm bestimmte Stelle kann von jedermann Auskunft über im eigenen oder fremden Namen und für eigene oder fremde Rechnung abgeschlossene oder vermittelte Geschäfte mit ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung fordern, insbesondere Vorlage der Bücher und sonstigen Belege verlangen.

Der Reichswirtschaftsminister kann anordnen, daß ihm oder der von ihm bestimmten Stelle gegenüber die Richtigkeit einer Auskunft nach Abs. 1 eidesstattlich versichert wird.

§ 10.

Mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zum Zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel, der Forderungen in ausländischer Währung oder der Edelmetalle wird bestraft, wer vorsätzlich

1. dem § 1 zuwider ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen ausländischer Währung gegen inländische Zahlungsmittel erwirbt oder abgibt; 2. dem § 1 zuwider den Erwerb oder die Abgabe von ausländischen Zahlungsmitteln oder Forderungen ausländischer Währung gegen inländische Zahlungsmittel vermittelt; 3. ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen in ausländischer Währung gegen inländische Zahlungsmittel zu einem höheren als dem nach den §§ 4, 5 zugelassenen Preise abgibt oder erwirbt oder einen solchen Erwerb vermittelt; 4. Termingeschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung oder in Edelmetallen gegen inländische Zahlungsmittel abschließt oder vermittelt.

Wird eine der Handlungen fahrlässig begangen, tritt nur die Geldstrafe ein. An die Stelle einer Geldstrafe tritt bei Nichtbeibringbarkeit Gefängnis.

Mit der im Abs. 1 bezeichneten Strafe wird ferner bestraft, wer vorsätzlich zu einer im Absatz 1 mit Strafe bedrohten Handlung auffordert, anreizt oder sich erbietet.

Neben der Strafe können die ausländischen Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, zugunsten des Reichs eingezogen werden, auch wenn sie dem Täter oder einem Teilnehmer nicht gehören. Die Einziehung unterbleibt, wenn der von der Einziehung Betroffene nachweist, daß er von der Straftat weder Kenntnis hatte noch haben konnte, er von der Straftat auch keinen Vorteil gehabt hat. Erweist sich die Einziehung als nicht durchführbar, so kann das Gericht nachträglich durch Beschluß die Einziehung des Wertes anordnen. Der Feststellung des Wertes der Zahlungsmittel und der Forderungen ist der nach den Vorschriften dieser Verordnung errechnete mittlere Kurswert im Zeitpunkt der verbotenen Handlung zugrunde zu legen.

Schwarzer Tag der Pariser Börse.

Deutschenflucht aus Frankreich / Mark wird nicht gewechselt.

Paris, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Die Pariser Börse hatte am Mittwoch den schwarzen Tag zu verzeichnen, den sie je erlebt hat. Die Erschütterungen des Kursniveaus wurden besonders dadurch begünstigt, daß die Zahlungstermine in Frankreich nicht wie bei uns auf das Ende des Monats (Ultimo), sondern auf die Mitte des Monats (Medio) fallen. Dadurch wurde der Geldbedarf stark gesteigert, was zum Verkauf von Wertpapieren führte. Die Aktien der Bank von Frankreich gaben zu Beginn um 850 Franken — in Frankreich wird nicht wie bei uns in Prozentsätzen notiert — nach. Trotz Interventionen konnte der Verlust nur auf 455 Franken gedreht werden. Die übrigen Papiere schlossen mit niedrigsten Kursen. Der Crédit Lyonnais, die ausschlaggebende Kreditbank in Frankreich, büßte pro Aktie 300 Franken ein, die Banque de Paris 265 Franken und die Suezkanalgesellschaft 580 Franken. Die Young-Anleihe gab von 715 auf 600 Franken nach.

Auf dem Devisenmarkt war das englische Pfund schwach, während die Marknotiz gestiegen war. Da ein offizieller Markkurs nicht vorhanden ist, lehnen die Pariser Banken die Einwechslung von deutschen Reichsbanknoten ab. Die Deutsche Botschaft ist daher seit Mittwoch von zahlreichen deutschen Touristen umlagert, die weder ihre Hotelrechnungen begleichen noch die Rückreise antreten können. Die Botschaft gibt ihnen das Rückreisebillet bis zur deutschen Grenze, lehnt aber die Umwechslung der Markbeträge in Franken ab und empfiehlt den Touristen, ihre Koffer in den Hotels als Pfand zurückzulassen. Die Sachen sollen dann später von der Botschaft eingelöst werden.

Frankreich kündigt Kredite in London.

Im Zusammenhang mit umfangreichen Kreditkündigungen der französischen Banken in London und der internationalen Lage setzte am Mittwoch an den internationalen Börsen eine sensationelle Abwärtsbewegung des englischen Pfunds ein. Das Pfund ging gegen den französischen Franken auf 123 zurück, nachdem die Pariser noch vor wenigen Tagen bei 124 hielt. Später war eine Erholung auf 123,40 zu verzeichnen. Gegen New York schwächte sich das englische Pfund vorübergehend auf 4,84½ ab und konnte sich erst später auf 4,85½ erholen. Auch an den übrigen Weltbörsenplätzen lag das Pfund außerordentlich matt, und zwar gegen Zürich 24,98 und gegen Amsterdam 12,02.

Angeichts dieser empfindlichen Abschwächung der englischen Währung, durch die die Goldpunkte unterschritten wurden, ist mit starken englischen Goldabgaben zu rechnen, gegen die sich England allerdings durch ein Verbot der Goldausfuhr schützen kann.

Panzerschiffdebatte in Paris.

Stimsons und Hendersons Vermittlungsversuch.

London, 15. Juli.

Nach Pariser Meldungen will Henderson in Paris die Rolle eines Vermittlers zwischen Frankreich und Deutschland spielen. Henderson wolle versuchen, Frankreich zur Aufgabe des geplanten 23 000-Tonnen-Schlachtschiffes zu bewegen, falls Deutschland in einen Verzicht auf den neuen Panzerkreuzer einwilligt.

Paris, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Der amerikanische Staatssekretär Stimson traf am Mittwoch nachmittag von Rom kommend in Paris ein.

Am Donnerstag dürfte eine französisch-englisch-amerikanische Ministerbesprechung stattfinden, in der außer über die deutsche

Zur Sicherung der Geldstrafe oder der Einziehung kann das Vermögen des Angeklagten ganz oder teilweise beschlagnahmt werden.

§ 11.

Mit Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. Kurse ausländischer Zahlungsmittel veröffentlicht, die nach § 8 nicht veröffentlicht werden dürfen, 2. die vom Reichswirtschaftsminister oder von ihm bestimmten Stelle erforderlichen Auskünfte nicht, nicht in bestimmter Frist, unvollständig oder unrichtig erteilt, oder die Bücher oder sonstigen Belege nicht, nicht in der bestimmten Frist oder unvollständig vorlegt.

§ 13.

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu erlassen. Er kann anordnen, daß und in welchem Umfange bei Zuwiderhandlungen gegen die Durchführungsbestimmungen die Strafbestimmungen der §§ 10 bis 12 Anwendung finden.

Verordnung über die Veröffentlichung von Kursen.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. Juli 1931 wird verordnet:

§ 1.

In öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, dürfen Angaben, die sich auf Preise beziehen, zu denen ausländische Zahlungsmittel, die Reichsmark und Wertpapiere gehandelt, angeboten oder gesucht worden sind oder sein sollen, nicht gemacht werden, es sei denn, daß es sich um amtlich festgestellte Kurse einer Börse handelt.

Die Reichsregierung kann Ausnahmen zulassen.

§ 2.

Die Vorschriften des § 1 gelten entsprechend für Termingeschäfte in Kupfer, Zinn, Zink und Blei.

§ 3.

Wer den Vorschriften des § 1 oder 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Banken und Lohnzahlungen.

Wie die W.B.-Handelsdienst hört, haben die Mitglieder der Stempelvereinsung einschließlich ihrer sämtlichen Filialen beschlossen, Gelder zu Lohnzwecken nur an denjenigen Stellen abheben zu lassen, an denen bereits früher die Mittel zu Lohnzwecken abgehoben worden sind.

Außerdem werden die Banken die Zahlung zu Lohnzwecken

Krise über das Flottenabrüstungsproblem gesprochen werden soll. Man vermutet, daß Stimson aus Rom einen Vermittlungsvorschlag für eine französisch-englisch-italienische Einigung in der Flottenabrüstungsfrage mitbringen wird. Auf einige am Bahnhof von Journalisten an ihn gerichtete Fragen antwortete Stimson, daß seine Demarchen in Rom zu keinem konkreten Ergebnis geführt hätten. Er glaube jedoch, daß Frankreich und Italien sich über die Flottenabrüstung einigen werden. Seine Rolle bestehe nicht darin, Ratsschlüsse zu erteilen. Er begnüge sich damit, Anregungen zu geben und entgegenzunehmen. In bezug auf die deutsche Krise erklärte Stimson, er sei nicht nach Paris gekommen, um zu sprechen, sondern um zu hören.

Valuta-Hyänen bei der Arbeit.

Betrügerische Manipulationen auf Grenzbahnhöfen.

Neu-Beuthen, 15. Juli.

Obwohl die Reichsmark an der Warschauer Börse nach wie vor zum Kurse von 211 (ein Zloty gleich 47 Pfennig) notiert wird, ist am Fahrtartenhalter des polnischen Grenzbahnhöfes Beuthen seit Dienstag der Zloty gleich Mark erklärt worden.

Schlummer noch hat man deutsche Reisende in den Wechselstuben auf dem Bahnhof Beuthen behandelt. So ist es hier bekannt geworden, daß einmal für 50 Mark 17 Zloty, ein andermal für 30 Mark gar 4 Zloty ausgezahlt worden sind, während in Wirklichkeit für diese deutschen Marksummen rund gerechnet 100 und 60 Zloty hätten gezahlt werden müssen. In allen Fällen liegt offensichtlich Betrug vor.

Montag Europakonferenz in London.

Wie wir um 1.30 Uhr morgens aus London erfahren, hat Macdonald mit Zustimmung der USA zu Montag abend 6 Uhr die Ministerpräsidenten einschließlich Brüning zu einer Konferenz eingeladen „angesichts der ersten Lage in Deutschland“.

Kommunistische Panikmache.

Gewissenlose Aufpuffung von Arbeitslosen.

Stuttgart, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Im Anschluß an eine von kommunistischer Seite einberufene Erwerbslosenversammlung kam es am Mittwochmittag in Stuttgart mehrfach zu Straßendemonstrationen, zu deren Zerstreuung ein großes Aufgebot von Polizei nötig war.

Zur Aufpuffung der Erwerbslosen war von den Kommunisten das Gerücht ausgestreut worden, daß das Wohlfahrts- und Fürsorgeamt den Unterstützungsempfängern Gutscheine statt Geld ausgehändigt habe. Die Stadtverwaltung bezeichnet diese Gerüchte als völlig unwahr.

Der zweite Danat-Kommissar.

Die Reichsregierung hat auf Grund der Verordnung über die Darmstädter und Nationalbank vom 13. Juli 1931 den Reichsbankdirektor Schippel in Hamburg zum zweiten Treuhänder für die Darmstädter und Nationalbank bestellt.

davon abhängig machen, daß ihnen Lokalisten vorgelegt werden, die von den örtlich zuständigen Industrie- und Handelskammern abgestempelt sind.

Die Mitglieder der Stempelvereinsung haben weiterhin beschlossen, folgende Zinsänderungen mit Wirkung vom 16. Juli 1931 eintreten zu lassen: Sollzinsen 13 Prozent zuzüglich der üblichen Kreditprovision; Habenzinsen für fällige Gelder in provisionsfreier Rechnung 8 Prozent, in provisionspflichtiger Rechnung 9 Prozent.

Für neu eingezahlte Gelder, die keinerlei gesetzlichen Auszahlungsbeschränkungen unterliegen, werden in provisionsfreier Rechnung 4 Prozent und in provisionspflichtiger Rechnung 4½ Prozent vergütet.

Wird Hitler regierungstreu?

Das Interview der „United Press“ dementiert.

„United Press“ teilt mit, daß die angebliche Äußerung Hitlers über Brünnings Kampf, der zugleich Deutschlands Kampf sei, in ihrem Interview mit dem nationalsozialistischen Parteiführer nicht enthalten ist. Es scheint sich also um ein Mißverständnis der Berichterstattung zu handeln.

Die Meldung, die zunächst in der „U.Z.“ auftauchte, von vornherein für unwahrscheinlich zu halten, lag allerdings kein Grund vor. Denn daß der Entscheidungskampf gegen „die Machtübernahme“ und „das System“ auf der ganzen Linie abgeblasen ist, bestätigte gestern sogar der „Angriff“ des Herrn Goebbels, indem er schrieb:

Es hat leider den Anschein, als ob in gewissen „nationalen“ Kreisen der Mut vor der Verantwortung und vor den Schwierigkeiten der bevorstehenden Aufgaben zu schwinden beginnt, und daß man in diesen Kreisen bereits mit einem etwas ungebildeten Kabinett Brüning zu sympathisieren beginnt.

Dann wäre allerdings die Regierung Brüning und die Regierung Braun-Seegering in Preußen, sowie das ganze marxistische System wieder einmal mit Hilfe der Schlappen und unentschlossenen Rechtskreise gerettet, die jetzt vor der letzten Konsequenz zurückweichen und den Mut in einem Augenblick sinken lassen, wo die Entscheidung dicht bevorsteht!

Sehr im Gegensatz zu dieser Äußerung des Goebbels-Blattes erklärt der Hauptmann a. D. Göring in der U.Z.: Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden der Verfassung. Schon aus Verantwortsgründen muß sich jeder heute sagen, daß die Partei nur abzuwarten braucht, bis das Schicksal der Errichtung Deutschlands die Bewegung rufen wird. Ich lasse zusammen: Wir warten ab.

Damit stellt sich Herr Göring in die Reihen derer, die der „Angriff“ „die Schlappen und unentschlossenen Rechtskreise“ nennt und zu denen sicherlich auch Hitler selber gehört.

Soziale Bautätigkeit.

Die Sonderschau der Stadt Berlin auf der Bauausstellung.

Was für eine unübersehbare Fülle von Tatsachen und Anregungen architektonischer Art die große Bauausstellung bietet, kann man erst ahnen, wenn man sich in einzelne Abteilungen vertieft, die uns näher angehen. Da ist gleich in Halle I die Sonderschau der Stadt Berlin. Man kommt zunächst durch die verwirrende Vielfaltigkeit der internationalen und der deutschen Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen, bevor sich das Spezialgebiet unserer Reichshauptstadt, in drei große Abteilungen gegliedert, zeigt: in der Mitte der kommunale Hochbau mit Parkverwaltung usw., rechts die Wohnungsfürsorge, zur Linken der Tiefbau.

Sehr übersichtlich ist nun diese Schau im einzelnen leider nicht gestaltet. Man sollte sich aber die Mühe nehmen, hier, wo einmal die Möglichkeit geboten wird, sich einen umfassenden Überblick über die Riesenleistung Berlins in sozialem Bauen zu verschaffen. Es lohnt, und man wird stolz auf seine Heimatstadt. Die Schau besteht in Photographien, Grundrissen, vor allem in sehr anschaulichen farbigen Modellen. Man hat sich damit oft sehr große Mühe gegeben. Das Riesenmodell des U-Bahn-Systems Alexanderplatz mit den wirklich funktionierenden Zügen, die überaus verlockenden Zukunftsmodelle vom Riesegebäude, von den Müggelsee- und Wanneseestrandbädern, vom Umbau der Jannowbrücke, von unsern Kläranlagen und Rieseefeldern müssen jeden Besucher anziehen, ein prachtvolles Riesenpielzeug für Erwachsene und Kinder.

Es ist die beste Propaganda für Berlin und die einzig richtige Antwort auf die schändlichen Geschäftigkeiten aller Kumpelschichten in den Provinzblättern gegen unsern „Wasserkopf“.

Am unmittelbarsten berührt uns alle die Tätigkeit der Wohnungsfürsorge. Man hätte hier vielleicht mit etwas mehr Detail den Gegensatz von schlechter alter und von heutiger Wohnungsart demonstrieren können, wie sie in dem großen Rundsaal mit den gemalten Gegenüberstellungen von Beispiel und Gegenbeispiel symbolisch gegeben worden ist („So oder so?“). Hier sieht man natürlich die einzelnen Gemeinnützigen Heimstättenvereinigungen von Tempelhof, Heerstraße, Wilmersdorf, Berlin-Ost, Pantow usw. mit ihren ausgedehnten Modellen und Photosammlungen; wobei die Großsiedlung Siemensstadt, die Gehag und Primus in architektonischer Hinsicht am besten abschneiden, da hier bewährte Baumeister wie Salviusberg, Gropius, Häring, Laut, Scharoun und andere mitwirkten. Brig, Siemensstadt, Zehlendorf, Lichtenberg, Wohnstadt Karl Legien treten stark hervor. Für sich haben die Baugenossenschaften ausgestellt, ihre Propaganda ist auf sehr wirkungsvolle und neuzeitliche Weise mit dauerndem Lautsprecher, plastischer Landschaft mit Kuppelhorizont und Himmelsstreifen und schöne Photos organisiert; und mit Recht, wenn sie auf so ausgezeichnete Resultate weisen können, wie z. B. den reizenden „Sonnenhof“ von Gutkind in Friedrichshagen, der in vieler Beziehung ein Musterbeispiel kollektiv-sozialer Wohnkultur darstellt.

Dah man die neuzeitlichen Massenquartiere in ihrer musterhaften Art für hygienisches, praktisches, zeitparendes und schönes Wohnen der Minderbemittelten zu sorgen, wirklich eindrucksvoll nur beim Besuch einer gebauten Siedlung selbst kennenlernen kann, versteht sich von selbst.

Hier kann durch Modelle und Aufnahmen nur eine Ahnung davon gegeben werden und ein Überblick über die gewaltige soziale Leistung der letzten Jahre, ermöglicht durch Organisation und Zuschußleistung aus der Hauszinssteuer. Der Mittelteil enthält die öffentlichen Bauten Berlins; leider nach Ressorts und Bezirksämtern eingeteilt und nicht nach Bauaufgaben, was den Betrachter etwas verwirrt. Allein die Schulbauten der letzten Jahre in allen möglichen Stadtteilen zeugen von dem großartigen

Kulturwillen der Stadt. Die ungeheure Vielfaltigkeit der Lösungen kann man hier kennenlernen beim Vergleich etwa der geschlossenen Baumasse des vorzeiglichen Dorotheen-Logeums in Köpenick von Nagel, dem Musterbeispiel einer modernen Schule, und den ungemein ausgedehnten Horizontalanlagen der Volks-Doppelschule in Charlottenburg-Nord von Helme mit ihrem Pavillon-System und dem merkwürdigen Projekt der Zehlendorfer Zinnow-Waldschule, die wie ein kleiner Stadtkomplex aussieht. Die meisten Schulbauten halten sich an den allmählich herausgebildeten Typus einer teilweisen Umbauung des Schulhofes: das hübsche Land Schulheim Hermsdorfer Mühle von Bräuning, die ausgezeichnete Volksschule Wolfsgraben in Köpenick, pavillonartig aufgelockert, die II. Hilfsschule Spandau von Ludorf, vor allem der großartige Entwurf Poelzig's für die Berufsschule Kreuzberg in Hufeisenform, gerundet, mit einem zentralen Sonderbau für die Aula, der imposante Neubau der Schöneberger Frontanschule, und so noch eine ganze Anzahl. Man erfährt leider nicht überall, was schon gebaut und was bloßes Objekt ist. Der Ehrgeiz der Bezirksämter — getreues Abbild deutscher Kleinstaaterei — hat eine genaue Scheidung nicht zugelassen.

Der soziale Aufgabenkreis einer Riesenstadt ist fast unübersehbar.

Man lernt mit Erstaunen kennen, was es bei uns alles zu bauen gibt: neben einem Rentnerheim in Steglitz (von Freymüller) ein Obdachloshaus in Neutölln (herausragender Riesenbau von Bonag und Reichle) und ein Jugendheim an der Steglitzer Paulsenstraße, ebenfalls von Freymüller, eine glänzende organisierte Jugendherberge im großen. An Krankenhäusern sehen wir den langgestreckten Bau von Freiberg in Moabit, die gewaltige sechsstöckige Erweiterung des Urbanhauses von Heinicke, die Kliniken des Birchowhauses in der Seefraße von Hennings und mehrere Königininstitute, wie den ersten Bau am Krankenhaus Westend von Cramer. Dazu gehört der in einem Waldbestand weit verstreute Komplex der Kinderheilstätte in Buch von Hennings, der etwa 20 langgestreckte, flachgedeckte

weiße Pavillons in symmetrischer Anlage enthält. Ein viergeschossiges Altersheim in Mariendorf von Bräuning rivalisiert an modernem Geist mit dem schönen Stadtbau in der Gartenstraße (Berlin-Mitte) von Tessenow und Falkmann, mit einer ausgezeichneten Schwimmhalle. Dann kommen Verwaltungsbauten: die Stadtbau Wilmersdorf von Gräber und Bettenstädt, ein sehr modern sachlicher Bau mit schnittiger Fassade, das in seiner noblen Zurückhaltung musterhafte Rathaus an der Zehlendorfer Hauptstraße (von dem die Unterschriften behaupten, es sei von Tessenow, während der Katalog es Jost Siedler zuschreibt); und schließlich eine erbauliche Liebertragung, Entwurf eines dritten Verwaltungsgebäudes für Berlin, den ganzen Raum zwischen Rathaus I und II im Zentrum einnehmend, teilweise bis zu 10 Stockwerken emporsteigend; ein in seinem monotonen Verikalismus imponierender Monumentalbau von Ermisch, mit dem wir vorläufig bestimmt verschont bleiben werden.

Als erfreulichste Anlagen größten Stils sind die riesigen Strandbäder von Müggel- und Wannsee zu buchen, die hoffentlich einmal ganz nach den herrlichen Modellen von Wagner, Hennings und Ermisch ausgeführt werden; das Müggelseebad fast noch schöner. Ein anschaulicher Überblick über die neuen Volksparks Berlins beschließt den Reigen: man sieht, was Berlin in den letzten Jahren hier nachgeholt hat gegenüber einer unsozialen Vorkriegszeit: Tempelhofer Feld und Gärten, Fischtal, Jungfernhelde, Oraniensee, Wuhlheide und vor allem die gewaltigen Rehberge sind als wahre Volksgärten im besten Sinn entstanden, nicht im Bezirk der Wohlhabenden, sondern im Norden und Osten. Interessant, neben den schönen Photos, vor allem das große Modell der Rehberge.

Das Tiefbauamt zeigt ausgedehnte Modelle: Straßenbau (erschreckend in der Scheußlichkeit des leider sehr wahrheitsgetreu wiedergegebenen Zustandes ein Modell des Potsdamer Platzes), Stadtentwässerung mit Kläranlagen und Rieseefeldern, Westhafen und Brückenbau, dessen verschiedene Modelle sehr lehrreich sind. Daß hier von sozialen Absichten, aber auch von Kunst keine Rede sein kann, ist selbstverständlich. Das Tiefbauamt kann es auch nicht lassen, auf sein unglückseliges und kunstfeindliches Projekt der Mühlendammstraße durch zwei Modelle hinzuweisen, die den heutigen und den von ihm gewünschten Zustand im Vergleich zeigen: in einem Maßstab und einer Ausführung, die keine klare Einsicht und Stellungnahme gestatten und darum verwirrend auf die ganze Frage wirken.

Paul F. Schmidt.

Der Staatsanwalt im Scheuen-Prozeß.

2 1/4 Jahre Gefängnis gegen Straube beantragt.

Büncburg, 15. Juli.

Der 20. Verhandlungstag im Scheuener Fürsorgeprozeß war durch das Plädoyer des Staatsanwaltschaftsrats Kastendiek ausgefüllt. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte gegen den früheren Direktor Straube 2 Jahre 3 Monate Gefängnis und gegen die angeklagten Jünger Strafen, die zwischen 3 Wochen und 6 Monaten Gefängnis schwanken.

Der Staatsanwalt legte zu Beginn seiner Anklagerede dar, daß dieser Monstreprozeß mit Recht die Allgemeinheit interessiert habe. Deutschland warte auf das Urteil in diesem Prozeß. Freilich habe das Gericht sich nicht mit den Bestimmungen über die Fürsorgeerziehung und der Anordnung für eine solche, sondern nur mit den Straftaten der Angeklagten zu beschäftigen. Im Mittelpunkt des Plädoyers stand die Begründung des Strafantrags gegen Straube. Die männlichen und weiblichen Erzieher wären ganz offensichtlich befreit gewesen, Straube zu schützen. Nach seiner Ueberzeugung hätten mehrere von

ihnen nicht die weiße Weste, wie sie das Gericht glauben machen wollten. Die Glaubwürdigkeit der Jünger in Zweifel zu ziehen, habe Straube am allerwichtigsten das Recht. Er mache einen kläglichen Eindruck. Wichtigst sei der Grund für sein Verhalten vor Gericht darin zu suchen, daß

Straube es jahrelang verstanden habe, das Landesjugendamt durch falsche Berichte zu täuschen,

und daß er nun auch versuche, das Gericht in derselben Weise hinteres Licht zu führen. Die Revolte sei nicht auf schlechtes Essen, Schmutz usw., sondern vor allem darauf zurückzuführen, daß Straube sich die „Topfträgergruppe“ hielt, Schmeichler, mit denen er sich umgab, weil sie seine schwache Seite erkannten. Der Staatsanwalt

erinnerte dabei an das vom Landesjugendamt 1929 erlassene neue Prügelverbot, von dem Straube Kenntnis hatte.

Er streifte die ungerechte, brutale Selbstjustiz, das schwarze Gericht, den Schloßentzug, und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß Straube von all diesen Dingen Kenntnis gehabt habe. Straube sei



Galkin, Balkin, Tschalkin und Saltind eilten aus dem Gasthaus „Das Floß“ herbei. Träger arbeiteten bereits an dem Panzerstrahl. Die Akrobatik-Inspektoren Georgette Tiraspolki schwang sich mit einem akrobatischen Satz auf den Dampfer.

Das Blasorchester der Ziehungskommission schritt über die Landungsbrücke. Widerwillig musterte es die Mitglieder des Theaterorchesters, die mit Saxophonen, Flexatonen, Bierflaschen und Esmarch-Kannen beladen waren.

„Kunstierbandel!“ sagte der Klarinetist, als er an ihnen vorbeiging.

Galkin, Balkin, Tschalkin und Saltind reagierten nicht darauf, doch schworen sie im stillen Rache.

Die Ziehungstrommel hatte man auf einem Ford-Lastwagen hierhergeschafft. Sie stellten eine komplizierte Konstruktion mit sechs sich drehenden Zylindern dar, die von Glas und Kupfer glänzten.

Im Ziehungssaal bereitete man eine Estrade vor, nagelte Plakate und Ausrufe an die Wände, stellte Holzbanke für die Besucher auf und montierte die elektrische Leitung an die Ziehungstrommeln. Die Schreibtische hatte man im hintern Teil des Schiffes untergebracht.

Aus der Kajüte der Stenotypistinnen war das Klappern der Schreibmaschinen vernehmbar, dazwischen mischte sich Lärm und Gelächter. Der blasse Mensch mit dem blauschwarzen Bärtchen ging auf dem Dampfer umher und befestigte emaillierte Täfelchen an die Türen: „Buchhaltung“ — „Registrierung“ — „Kasse“ — „Maschinenabteilung“. Den großen Tafeln fügte der Mann mit dem Bärtchen noch kleinere hinzu: „Eintritt ohne Anmeldung verboten“ — „Kein Empfang“ — „Fremden Eintritt verboten“ — „Alle Auskünfte in der Registratur“.

Im Salon der ersten Klasse wurde eine Ausstellung von Papiergeld und Bons arrangiert. Sie rief Galkin, Tschalkin, Balkin und Saltinds Empörung hervor.

„Wo werden wir eigentlich zu Mittag essen?“ regten sie sich auf. „Und was werden wir tun, wenn es regnen sollte?“

„Ach, ach“, sagte Nikolaj Sestrin zu seinem Assistenten, „ich kann nicht mehr! Was glaubst du, Serjoscha, könnten wir nicht ohne diese Menschen arbeiten?“

„Was fällt Ihnen ein, Nikolaj Konstantinowitsch! Die Künstler sind einmal an den Rhythmus gewöhnt.“

Bald entstand ein neuer Spektakel. Die fünf Musiker hatten erfahren, daß der Autor der Vorstellung alle vier Stühle in seine Kajüte geschleppt hatte.

„So — so“, sagten sie ironisch. „Wir werden auf unseren Betten proben müssen und Nikolaj Konstantinowitsch und seine Frau Gustja, die in keinerlei Beziehung zu unserem Ensemble steht, werden auf vier Stühlen sitzen. Wir hätten vielleicht auch gerne unsere Frauen mit!“

Der große Kombinator sah vom Ufer böse nach dem Dampfer hin.

Wieder tönte Geschrei vom Dampfer her.

„Warum haben Sie es mir nicht früher gesagt?“ schrie ein Mitglied der Kommission.

„Wie konnte ich denn wissen, daß er krank wird?“

„Gott weiß, was das ist! Fahren Sie also in die Kunststelle, man soll uns einen Maler schicken.“

„Wohin soll ich fahren? Es ist sechs Uhr abends. Die Kunststelle ist längst geschlossen. Und der Dampfer fährt in einer halben Stunde weg.“

„Also werden Sie selbst malen müssen. Sie haben für die Maldekoration des Dampfers die Verantwortung übernommen und müssen die Folgen tragen!“

Ostap lief schon die Dampfertreppe hinauf und stieß die Träger, jungen Mädchen und die Schar der Neugierigen mit den Ellbogen. Am Eingang hielt man ihn zurück.

„Ich habe mit dem Bürger dort zu sprechen.“

„Das geht uns nichts an. Um den Dampfer zu betreten, brauchen Sie einen Erlaubnischein.“

„Genosse!“ schrie Bender. „Sie! Sie! Dort der Dide! Der einen Maler braucht!“ Fünf Minuten später sah der große Kombinator in der Kajüte des technischen Direktors und verhandelte wegen der Arbeitsbedingungen.

nehmen Sie auch die Aufsicht über die ganze künstlerische Arbeit. Können Sie das übernehmen? Ich mache Sie aufmerksam, es ist viel Arbeit.“

„Jawohl, ich werde Sie zufriedenstellen. Ich kenne mich in solchen Sachen aus.“

„Und können Sie gleich mit uns fahren?“

„Das wird sich nicht so ohne weiters machen lassen, aber ich werde trachten.“

Ein großer schwerer Stein fiel dem Wirtschaftsverwalter vom Herzen. Der Dide fühlte sich unbeschwert wie ein Kind und sah den Maler mit glänzenden Augen an.

„Und die Bedingungen?“ fragte Ostap (russ.). „Sie müssen wissen, daß ich kein Aushilfsdiener bin.“

„Die Bedingungen sind die gleichen wie die der Kunststelle.“

Ostap bemühte sich, eine Grimasse zu schneiden, was ihm nicht ganz glückte.

„Dazu die Bertöstigung“, setzte der Dide eilig hinzu, „und eine separate Kajüte.“

„Nun gut“, sagte Ostap mit einem Seufzer, „ich bin einverstanden. Ich habe aber noch einen Jungen, einen Assistenten mit mir.“

„Was den Jungen betrifft, so weiß ich nicht, was geschehen soll. Ich habe keinen Kredit für einen Assistenten ausgesetzt. Wenn Sie ihn auf eigene Rechnung mitnehmen — bitte sehr. Er kann in Ihrer Kajüte wohnen.“

„Also abgemacht, erledigt. Mein Junge ist aufgemerkt. Er ist an eine spartanische Lebensweise gewöhnt. Aber Kost werden Sie ihm geben?“

„Er soll in die Küche kommen. Das Weitere wird sich finden.“

Ostap bekam einen Passierschein für sich und den Jungen und trat auf das Deck hinaus. Er fühlte eine große Befriedigung, als er den Schlüssel zu seiner Kajüte in den Händen spürte. Es war das erstmal in seinem Leben, daß er einen Schlüssel und eine Wohnung besaß. Er hatte nur kein Geld, doch befand er sich in nächster Nähe der Stühle. Ostap steckte die Hände in die Taschen und spazierte an Bord umher, ohne den am Ufer gebliebenen Worobjew zu beachten.

Worobjew machte ihm Zeichen, erst schweigend, dann wagte er es, leise zu winseln. Bender aber war taub. Er lehnte dem Vorstehenden den Rücken und sah aufmerksam zu, wie die hydraulische Presse in den Kielraum gesenkt wurde.

Die letzten Vorbereitungen gingen vor sich.

(Fortsetzung folgt.)

ein Prügelpädagoge. Man könne sich wohl vorstellen, daß einem Erzieher einmal die Hand ausrutsche. Davon könne bei Straube nicht die Rede sein. Die von Straube immer in den Vordergrund gestellte Notwehr habe nirgends vorgelegen.

Bei Straube könne mit Recht von der Tragödie der Unfähigkeit gesprochen werden.

Alle Milderungsgründe, die den Jugendlichen zugewilligt werden könnten, müssen bei Straube fortfallen. Das was Straube aus den jungen Menschen gemacht habe, bilde eine große Gefahr für die Allgemeinheit. Im Falle Straube müsse auch das Abschredungsprinzip der Strafe Anwendung finden.

Angeichts der vernichtenden Beurteilung der Erziehungstätigkeit Straubes durch den Staatsanwalt müssen die hohen Anträge gegen die Jugendlichen, die zum Teil bis zu 6 Monaten Gefängnis gehen, Verwunderung erregen. Die Gründe für die Revolte sind vom Staatsanwalt klar erkannt und dargelegt worden. Junge, zum Teil unbestrafte Menschen ins Gefängnis zu schicken, weil sie sich gegen eine vom Staatsanwalt als rechtswidrig anerkannte Behandlung wehrten, widerspreche dem Rechtsgefühl und stärke nur den sozialen Trieb der jungen Menschen. Ebenso handelten die Angehörigen der Topfträgergruppe nur auf erteilte oder angenommene Anordnung ihres Vorgesetzten, des Direktors Straube. Sie für ihr ganzes Leben deshalb mit einem Teil recht hohen Gefängnisstrafe zu belasten, wäre gleichfalls gegen jedes gesunde Rechtsempfinden. Der Schuldige ist Straube, nicht die Jüglinge, mögen sie nun geschlagen worden sein oder geschlagen haben.

Der kalte Schlag.

Wenn man von einem „kalten Schlag“ hört, d. h. von dem Einschlag eines Blitzes, der nicht zündet, neigt man zu der Annahme, daß durch solch eine Auswirkung der Naturgewalt kein wesentlicher Schaden angerichtet werden kann. Die Wirklichkeit sieht anders aus. In Waldmannslust wurde ein kleines Fachwerkhäuschen, das die Zweijimmerwohnung eines jungen Ehepaares enthielt, von einem solchen kalten Schlag betroffen. Der Blitz sprang von einem Baum auf das Mauerwerk über, durchschlug die Wände an verschiedenen Stellen mit solcher Gewalt, daß Mauerstücke von mehreren Quadratmetern Umfang herausgedrückt, Fenster aus den Fassungen gehoben und Holzverschalungen total zersplittert wurden. Möbel wurden zertrümmert und einzelne Teile weit ins Zimmer geschleudert, die Wohnungseinrichtung ist unter Ruß, Kalk und Steinen begraben. Etwas Merkwürdiges: Die sonst unbeschädigt gebliebene Wanduhr vermerkt die genaue Zeit des Einschlags — sie blieb stehen. Ein großer Teil der Hausgeräte ist in Trümmer gegangen, Rohrleitungen und Regengossen sind von den Außen- und Innenwänden heruntergerissen. Ein trostloses Bild.

Die Wohnungsinhaber sind durch einen im doppelten Sinne glücklichen Umstand vor körperlichem Schaden bewahrt geblieben. Während die junge Frau in einer Klinik einem Kind das Leben schenkte, blieb der Mann die Nächte bei Verwandten. Und doch entbehrt der Fall nicht einer gewissen Tragik. Wenige Stunden nach dem Einschlag betrat die ahnungslose junge Mutter, die aus der Klinik entlassen worden war, mit dem Säugling ihr Heim, das von fremden Händen am Abend zuvor entsprechend hergerichtet und zum Empfang mit Blumen geschmückt war, und das nun einen trostlosen Eindruck machte. Die glückliche junge Mutter hatte sich den Empfang in ihrem bescheidenen stillen Heim anders vorgestellt.

Gegen die Rachitis!

Eine Musterheilstätte im Bezirk Friedrichshain.

Einige Zahlen seien vorausgeschickt: Im Berliner Bezirk Friedrichshain leben auf knapp 880 Hektar 338 000 Menschen. Hunderttausend Wohnungen sind dort vorhanden, davon 83 000 Klein- und Kleinstwohnungen in alten Mietshäusern. Unhygienisch, verunreinigt und verfallen. In diesem Bezirk findet man viele Opfer der Rachitis, die dort in den Familien oft chronisch ist.

Seit Jahren hat die Stadt Berlin den Kampf gegen das Krüppeltum aufgenommen, und ihre Erfolge gegen die Rachitis sind unbestritten groß. Als Musterheilstätte für ganz Deutschland ist im Bezirk Friedrichshain, an der Vasserstraße, zur vorbeugenden Bekämpfung dieser Krankheit und ihrer Folgeerscheinungen eine Tagesheilstätte geschaffen worden, in der die Mütter, wenn sie morgens zur Arbeit gehen, ihre Kinder in Pflege geben können. Keine Wälderholungsstätte, sondern mitten im Häusermeer eine Wiege mit leichtgebauten Baracken, damit die Sonne in alle Winkel scheinen kann. Hier wird die Rachitis mit natürlichen Mitteln bekämpft. Licht, Luft und Gymnastik. Die Dauer der Behandlung schwankt nach der Schwere der Fälle von 6 bis 8 Wochen bis auf einige Monate. Gegen die Einschleppung von Infektionskrankheiten werden besondere Reinlichkeitsmaßnahmen getroffen. Tägliche Bäder bei der Einlieferung in die Anstalt und eigene Anstaltskleidung für die Kinder. peinlichste Sauberkeit beim Essen und seiner Zubereitung, farbige Kennzeichnung der Eß- und Trinkgeschirre. Die Anstalt besteht erst wenige Jahre, ihre Heilerfolge sind aber sehr groß. Welt über tausend Krüppelkinder sind dort gesundet und wurden vollwertige Menschen für den Lebenskampf. Die Mehrzahl der kleinen Patienten entstammt den armen und ärmsten Familien. Nur wenige Eltern können für ihre kranken Kinder die Kurkosten selbst tragen, zum Teil springen auch die Krankenkassen helfend ein, in der Hauptsache aber ist es die städtische Wohlfahrt, der die Untertüchtigkeit zufällt. Diese Tatsache beweist blühend das Kinderelend im Bezirk Friedrichshain.

Tausende von Kindern leben dort. An ihnen vollzieht die Tagesheilstätte mit ihrer aufopfernden Betreuung ein Werk wahrer Menschenliebe.

Berlin nimmt ab.

Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin wurden im Monat Juni 1931: 2977 (Mai 1931: 4418) Ehen geschlossen. Lebendgeborenen wurden 3306 (3685) Kinder.

Wohnraum — keine Wohnungen

Entwürfe von Wohnungsteilungen in der „Heibaudi“.

Eines der wichtigsten Probleme, die Wohnfrage, harret noch immer der Lösung. Auf der einen Seite die stetig anwachsende Zahl leerstehender Wohnungen — es gibt kaum ein Haus, das nicht mit Vermietungsplakaten geschmückt ist — auf der anderen Seite, der weit tragischeren, eine Legion von Menschen, die, eng zusammengepackt, in elenden Bohnlöchern hausen, weil für sie eben keine passende, erschwingliche Wohnung vorhanden ist.

Hausbesitzer und Architekten, die sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, zeigen in einer Ausstellung in der „Heibaudi“, Potsdamer Straße 123b, wie diese Frage am besten zu lösen wäre. Das bautechnische und vor allem das finanzielle Problem ist ein überaus schwieriges, denn es ist jedes Haus auf seine Bauart, jeder Stadtteil auf seine Bevölkerungsziffer, die wirtschaftliche Beschaffenheit seiner Bewohner hin zu berücksichtigen. So legte man vorerst den Haustyp fest, den man in Einfamilienhaus, Haus mit einem seitlichen Hofflügel, mit zwei seitlichen, mit seitlichem und mittlerem Hofflügel und Eckhaus gliederte; der Charakteristik des betreffenden Stadtteiles und der damit verbundenen Vermietungsmöglichkeit soll sowohl in bautechnischer, wie in wirtschaftlicher Beziehung Rechnung getragen werden. Nach der bautechnischen Seite hin will man die Umbauarbeiten auf möglichst wenig Stellen konzentrieren, die vorhandenen Treppenhäuser durch Anbringung von Aufzügen als Zugang möglichst vieler Wohnungen nutzbar machen; vor allem will man das Entstehen ausgeglichener Hinterhofwohnungen nach Möglichkeit vermeiden und so aufstellen, daß zumindest ein Borderraum geschaffen wird. Der größtmöglichen Raumnutzung soll durch Anlage von Kochnissen bzw. Kochschränken, dann durch Bade- und Abtrräume, die nicht an der Außenwand liegen, Rechnung getragen werden. Man ist also nach Kräften bestrebt, Kleinwohnungen zu schaffen, die sowohl in wirtschaftlicher wie in bautechnischer und wohlkultureller Beziehung allen Erfordernissen entsprechen.

Es wäre zu wünschen, daß sich all diese Versuche baldigst praktisch auswirken können, um der Wohnungsnot und ihren traurigen Folgeerscheinungen beizukommen. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 18 Uhr, Sonnabends bis 14 Uhr geöffnet. Jeden Mittwoch und Freitag von 16½ bis 17½ Uhr findet in Anwesenheit der Architekten eine Beratungsstunde statt.

Schnelle und treue Helfer.

Unsere Feststellungen, „Mit sechs Kindern obdachlos“, haben einen Parteigenossen, Fabrikbesitzer K. aus der Köpenicker Straße, veranlaßt, sich der verzweifelten Menschen anzunehmen. In aller Frühe holte er gestern die ganze Familie mit seinem Lastauto ab, stellte die Möbel sicher und gewährte ihnen in seiner Fabrik Unter-

kunft. Außerdem veranstalteten Mitglieder seiner Gewerkschaft unter sich eine Geldsammlung, die sie den Notleidenden bereits überweisen haben.

Die Not der Kinderreichen.

Der Schrei nach gefundenen Bohnställen.

Das Elend der Wohnungsnot mit all ihren verheerenden Folgeerscheinungen erreicht seinen Höhepunkt bei den kinderreichen Familien; in winzigen Bohnlöchern, die nie der Strahl der Sonne trifft, hausen Vater und Mutter mit 5, 6 und oft auch noch mehr Kindern.

Der einzige einseitige Bohnraum ist angefüllt mit Schlafgelegenheiten. Ein paar Holzbetten, ein Kinderbettchen, ein altes Sopha, und wenn es nicht anders geht, wird auf dem Fußboden auf ein paar alten Decken genächtigt. In der kleinen Küche steht das Bett der Eltern, daneben der Kinderwagen mit dem Jüngsten. Deswegen hat aber noch lange nicht jedes Familienmitglied sein eigenes Bett, immer müssen zwei, oft auch noch mehr Geschwister gemeinsam schlafen, die Luft ist dick zum Schneiden, und alle Krankheitskeime finden fruchtbarsten Boden. Je kleiner die Kinder sind, desto tragischer wird das Bohnmilieu; ängstlich und ratlos drücken sich die bloßen Würmer in dem engen Raum herum, überall sind sie der verzweifelten Mutter im Wege, die immer vor dem Augenblick bangt, wenn sie Hunger fühlen. Wo der Mann lange — bei vielen sind es schon Jahre — ohne Arbeit ist, da hockt Frau Sorge riesengroß bei Tisch. Unterstützung und sonstige Beihilfen reichen nicht her und nicht hin, denn überall muß behördlicherseits gespart werden, und so fehlt es oft an dem Notwendigsten. Nicht genug an dem, sind diese bedauernswerten Menschen auch dem Herrn Hauswirt meist ein Dorn im Auge, und er begrüßt mit Freuden die Gelegenheit, sie an die Luft zu setzen. Und nun beginnt des Jammers höchste Steigerung: Alle Türen sind ihnen verschlossen, weil kein Hauswirt Familien mit Kindern, und schon gar nicht mit solch großer Anzahl, aufnehmen will. Bei der Lockerung der Wohnungsschutzgesetze und der Seltenheit kleiner, billiger Wohnungen kann sich solch Hausgestrenger seine Leute nach Belieben wählen.

Als vor einigen Tagen im „Vorwärts“ die Notiz erschien, daß die Gedenkstätte Bohnställenbaugesellschaft in Verbindung mit dem Reichsbund der Kinderreichen mit dem Bau von 180 Wohnungen begonnen hat, die gerade kinderreichen Familien zugute kommen sollen, da lief eine wahre Hochflut von Briefen ein; in jedem war das jetzige Bohnmilieu geschildert und wenn man sich durch Augenblicke informierte, dann sah man, daß die Wirklichkeit noch viel erschütternder war...

Urteil im Einbrecherprozeß.

5 Jahre Zuchthaus für jeden.

Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagten Römer und Behrens wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes zu je fünf Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Behrens außerdem zu einer Woche Gefängnis wegen unerlaubten Waffenbesitzes. Der Angeklagte Fleischer wurde nur wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Arme kleine Mannequins.

Im abstürzenden Flugzeug getötet.

Paris, 15. Juli.

Ein französisches Verkehrsflugzeug, das heute früh in Cannes nach Paris aufgestiegen war, ist südlich von Grenoble wegen ungenügender Sicht gegen eine Bergspitze geflogen und abgestürzt. Der Pilot und zwei Passagiere wurden getötet, zwei weitere Passagiere schwer verletzt. Die Passagiere waren Mannequins eines großen Modehauses.

Genügend Seefische aus deutschen Fängen.

Hamburg, 15. Juli.

Zu den gestern gemeldeten Vorgängen in Hamburg, wo dänische Fischautos vergeblich versuchten, ihre Ware nur gegen dänische Kronen abzuleihen, gibt der Reichs-Seefisch-ausschuß bekannt, daß die deutsche Seefischerei in der Lage ist, den Bedarf an Seefischen aus deutschen Fängen vollkommen zu decken und daß kein Mangel an deutscher Ware besteht. Die Produktion könne vielmehr, so wird weiter mitgeteilt, noch in erheblichem Maße gesteigert werden.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend teilt uns mit, daß sie das Warenhaus I, Oranienstraße 164/165, wegen des großen Andranges heute erst um 11 Uhr öffnet.

Verlegung der Girokasse I nach der Köpstraße. Um bei der Wiedereröffnung der Hauptpartalle am Mühlendamm Verkehrsstörungen zu verhüten, hat die Direktion der Städtischen Sparkasse angeordnet, daß die Girokasse I, die besonders Lohn- und Gehaltszahlungen zu leisten haben wird, nach Köpstraße 29/30 verlegt wird.

Ueber den britischen Ministerpräsidenten Macdonald und den Außenminister Henderson, die am Freitag zu einem Staatsbesuch in Berlin eintreffen, spricht am Donnerstag, dem 16. Juli, abends 19 Uhr, der Redakteur des „Vorwärts“ Genosse Victor Schiff im Programm der Aktuellen Abteilung, Vortragsreihe: Wovon man spricht.

Dr. Dralle's Lavendelseife
Ein Pfund für die Herren!

DAS GROSSE RUNDE
SCHNEEWEISSE
SEIFENSTÜCK
NUR NOCH 65g

Die erste Kinderrepublik steht!

Nestfalken ziehen in ihr Lager ein.

Man schreibt uns: „Freundschaft!“ „Freundschaft!“ tönt's hinüber und herüber. Wir sind in Blankensee angelangt, und kurz nachdem unser Zug die Station wieder verläßt, dampft mit großem Lärm ein langer Zug heran. „Die Berliner kommen!“ Ja, die Berliner sind es. Alle Berliner! 2000 Jungen und Mädels im blauen Gewand, 300, die Kleinsten, die Nestfalken, steigen aus. Der Zug setzt sich wieder in Bewegung. Er muß 1700 Jungfalken und Rote Falken nach Brodten bringen, in die Kinderrepublik „Lübecker Bucht!“

350 Nestfalken marschieren! Zehn Minuten Marsch und vor ihnen liegen große Wiesen. Feste, langgestreckte Gebäude, barackenartig, stehen da. „O, wie Fliegerhallen sieht das aus!“ Ja, es waren auch Fliegerhallen. Noch im vorigen Jahre war dieses Gelände Flugplatz. Jetzt liegt es so da. Die große Halle mit ihren mächtigen Schiebetüren, in der Flugzeuge bisher Unterkunft fanden, bietet ab heute 500 unserer kleinsten Falken Raum. Sie werden in dieser Halle essen, sie werden spielen und viel Freuden erleben. Die hellen, luftigen Schlafräume, zu beiden Seiten von der Halle aus zu erreichen, bieten reichlich Raum. Ah, noch viel mehr könnten untergebracht werden. Ein Krankenzimmer gibt erste Hilfe, und in ernstesten Fällen, wo vielleicht einige Tage das Bett gehütet werden muß, sorgt eine etwas weiter entfernte Baracke für Unterkunft.

An der Längsseite „unserer Halle“ liegt gleichfalls eine Baracke, die die Küche und den Waschkraum — den schönsten Aufenthalt aller — beherbergt. Ein Waschkraum überdacht, nicht freigelegten wie in Ramedy und „Lübecker Bucht“, aber mit gleicher Anordnung: Wasserrohre von 60 Meter Länge, aus denen zu beiden Seiten in je 1/2 Meter Abstand das „Liebe Raß“ sprudelt. Raum das eigene Wort ist zu verstehen. Alles jubelt, freischt, springt und spattelt.

Dann die Umgegend! Weit und breit schönste Landschaft. Ein langer Fußweg führt durch eine Schonung hindurch. Dann Wiesenland zu beiden Seiten, an drei bis vier Häusern vorbei, und vor uns liegt er, der Blankensee! Wirklich blank spiegelt sein Wasser. Eingezäunt ringsherum mit Wald. Wald an Wald reißt sich weiter an. Ein wunderbares Gelände für Wanderungen und für Spaziergänge. Weiter hinten ragen die Türme von Lübeck ins Land. In zwei bis drei Stunden Marsch ist die Hansestadt zu erreichen.

In den nächsten Tagen werden mehr und mehr Kinderrepubliken entstehen! Jungfalken und Rote Falken aus allen Gegenden Deutschlands werden sich zusammenfinden. Ihre Parole ist: Freundschaft, Ordnung, Solidarität! Wir sehen dazu: Arbeiterkinder erobern die Welt!

Sonnenwende der Arbeiterkinder.

Bald zehntausend Berliner Arbeiter und Sozialisten vereinigen sich, gemeinsam mit den Volkengruppen der Kinderfreunde das Fest der Sonnenwende auf dem Wasserportplatz am Plöbensee zu begehen. Gegen 1/10 Uhr nachts formte sich im Schein der Fackeln der riesige Festkreis um die Terrasse des Sportplatzes. „Guch allen zum Gruß, Freundschaft!“ erschallt es aus dem Munde von Tausenden von Arbeiterkindern, neue Fackeln flammten auf und der junge Chor ließ „Wach auf!“ von Wagner erklingen. Unter Begleitung des Berliner Fackelorchesters führten die Nestfalken einen Laternenanzug um den großen Holzstoß auf. Plötzlicher Trommetwirbel zwang alle Blicke auf die Freitreppe, auf der sich ein imposanter Aufmarsch von Fackeln und Wimpelträgern vollzog. Von mehr als 500 Falken gesprochen erschallt der Ruf:

Es kommen die Funken,
Es knistert die Glut,
Erwache zum Leben,
Du flammendes Blut!

Und wie aus der Erde herorgezaubert, bricht die Riesen-Sonnenwandleuchte in die dunkle Nacht empor, alles in weitem Umkreis mit einem rötlichen Lichtschein überflutend. Am Feuer vereint nun alle Anwesenden durch begeistertes Rufen das Kinderfreunde-„Unser die Sonne“. Einige Wieder des Jungen Chors und der gemeinsamen Gesang der Internationale steigerten die Begeisterung. Aus der Mitte des großen Festkreises erschallt der Ruf: Zum Schluss stimmt mit uns ein in ein dreifaches Freundschaft, das allen Arbeiterkindern der ganzen Welt gehören soll. Freundschaft! erschallt es aus dem Munde aller Anwesenden.

Die herrliche Feierstunde war zu Ende. Mit dem Gesang der Fackellieder zogen die Gruppen wieder in das Häusermeer Berlins zurück.

Nächtlicher Überfall als Raubakt.

Kolonist schwer verletzt. — Die Täter entkommen.

Ein schwerer nächtlicher Überfall ereignete sich in der Kolonie Berder in Neu-Tempelhof. Der 40 Jahre alte Gustav Baum, der in der Joffener Straße 36 seine Wohnung hat, besitzt in der Kolonie eine Laube, in der er zur Sommerzeit auch schläft. In der vergangenen Nacht drangen mehrere Leute in sein Häuschen ein und fielen über den Mann her. In der Dunkelheit kam es zu einer Schlägerei, es fielen auch mehrere Schüsse. Baum wurde schwer am Kopfe verletzt und brach hilflos zusammen. Die anderen Kolonisten, die den Lärm gehört hatten, eilten herbei, konnten aber die Täter nicht mehr fassen. Baum mußte nach dem St. Josephs-Krankenhaus gebracht werden. Er konnte noch nicht vernommen werden, da sein Zustand bedenklich ist. Wer die Einbreinger waren und aus welchen Gründen der Überfall verübt wurde, ist daher noch ganz unklar. Es ist möglich, daß ein Raubakt vorliegt, möglich auch, daß der Angriff von politischen Gegnern des Baum ausging. Die Kriminalpolizei in Tempelhof wird die Untersuchung einleiten.

Genosse Rudolf Wurbs, Bärwaldstr. 59, 1. Hof, r. bei Feller, seit 20 Jahren Abonnent des „Vorwärts“, wird am 16. Juli d. J. 70 Jahre alt.

Jugend auf neuen Wegen.

Tagung des republikanischen Studentenbundes.

Nach seiner vor 14 Tagen in Neustrelitz stattgehabten Norddeutschen Arbeitstagung hatte der Deutsche Republikanische Studentenbund für den 11. und den 12. Juli in Schloß und Park Borsig bei Dessau eine Mitteldeutsche Arbeitstagung angelegt, die angeht die wechselnden politischen und wirtschaftlichen Not unseres Volkes der ernsthaften Auseinandersetzung mit Form und Inhalt der deutschen Republik dienen sollte.

Annähernd 150 Studierende der Berliner Hochschulen, der Universitäten in Leipzig, Halle, Erlangen und Frankfurt a. M., der Hochschule in Hannover, ferner Vertreter des der freideutschen Jugend nahestehenden Leipziger Leuchtenburg-Kreises und des Republikanischen Schülerbundes, mit anderen Sympathisierenden etwa 200 Personen, fanden sich im Lauf des Sonnabendnachmittags in dem stillen nur durch seinen weltberühmten Park bekannten anhaltinischen Städtchen Borsig zu einer Tagung ein, die eingeleitet wurde durch eine stimmungsvolle Abendfeier in dem Raum der Freilichtbühne im Borsiger Park. Der anhaltinische Ministerpräsident Heinrich Deist richtete an die Studenten ernste und eindringliche Worte, in diesen schweren Stunden der bisher geleisteten ungeheuren Arbeit eingedenk und bereit zu sein, sie zu verteidigen. Er kennzeichnete die Erfolge, die in Anhalt durch gemeinsames Arbeiten von Sozialdemokratie und Demokratie erreicht worden sind.

Den Hauptvortrag der Sonntags-Tagung hielt Regierungsrat Hans Mühle-Berlin über das Thema: „Ueberwindung des Faschismus“. Mühle charakterisierte in temperamentoollen, leidenschaftlichen, treffenden Ausführungen die Unzuverlässigkeit des deutschen Bürgertums seit 1813, das sich in seinen besten Vertretern damit begnügt hat, die Welt anzuschauen und darüber zu philosophieren, aber veräumt oder verzichtet hat, sie zu verändern. Tief beschämend das uneinheitliche Nationalempfinden dieses Bürgertums, das sich nach innen im Schimpfen und Räumen, aber nach außen im Betteln äußert. Wo ist der Staatsmann, der die Fähigkeit und die Kraft hat, dem Bürgertum die Würde seines Nationalempfindens vor Augen zu halten? Erschütternd und niederdrückend auch die Unfähigkeit und die Unerschlichkeit der Wirtschaftsführer. Mit den den Massen abgepreßten Steuergroschen wollen sie ihre Betriebe wieder aufbauen lassen, zugleich aber wollen sie mit diesen ihnen zur Verfügung gestellten Geldern den Nationalismus finanzieren. Man darf auch nicht vergessen, daß der deutsche Kapitalismus in der deutschen Bürokratie gefinnungserwandte Helfer hat, der-

selben Bürokratie, die für die Notverordnung verantwortlich ist. Die junge Generation muß diesen Tatsachen gegenüber härter, bestimmter, konkreter werden. Die härteste Stütze der deutschen Republik sind und bleiben die in der Sozialdemokratischen Partei vereinigten proletarischen Massen.

Dann sprach, jubelnd begrüßt, der Senior und langjährige Führer der anhaltinischen Sozialdemokratie, Heinrich Peus. Er verlangte, daß führende Männer niemals an sich selber denken dürfen, sondern ihre ganze Kraft für die Sache, für das Volk einsetzen müssen. Der Student Günter Heinrich aus Potsdam sprach über „Neue Wege zum sozialistischen Staat“. In außerordentlich klugen und ruhigen überraschend sachlichen und kenntnisreichen Ausführungen charakterisierte er das gegenwärtig geltende Kräfte- und Machtverhältnis und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten sachlicher, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Arbeit im sozialistischen Sinn. Er zeigte der Studentenschaft die vielen bereits schon erreichten wichtigen Machtpositionen und entwickelte den Plan einer besonders gearteten psychologisch begründeten Bauern- und Landarbeiter-Propaganda. Die Alten, so meinte er in ehrlicher Ueberzeugung, haben Gewaltiges geleistet, das wir mit Einsetzen unseres Lebens schützen müssen, und wir Jungen wollen nach dreißig Jahren sehen, ob wir imstande gemessen sind, dem freien Wahlrecht auch noch den Sozialismus hinzuzufügen. Referendar Nathan aus Magdeburg sprach über „Jugend und Staat“. Seine an sich interessierenden Ausführungen waren leider allzu abstrakt und wirkten oft konstruiert. In der Aussprache warnte Dr. Haubach-Berlin eindringlich davor, politische sowie feilsche Probleme auf Parabolien abzustellen und erneut in den schweren Fehler zu verfallen, über den Ruf nach Taten das eigene Handeln zu vergessen. Mit einem starken, warmherzigen Appell an den Kampf-, Opfer- und Bereitschaftswillen der studentischen Jugend, schloß der Begründer des Bundes, Regierungsassessor Walter Kolb, die von einem außerordentlich starken Tatwillen geleitete Tagung.

Während der Vorabend und die Tagung selbst bis in den späten Sonntagnachmittag hinein sich in der absoluten Stille eines in nationaler Spiegelfeuchtigkeit schlummernden Landstädtchens abspielte, brachte der Sonntagabend einen großartigen Abschluß. Die Autos kauften, von schwarzrotgoldenen Fahnen überwallt, durch das stille einsame Land mitten hinein in eine republikanische Demonstration größten Stils. Da hatte sich auf dem größten Platz der Landeshauptstadt Dessau das gesamte Reichsbanner aufgestellt und Tausende säumten den Platz. Ein gewaltiger Zug bewegte sich durch die Straßen zu dem großen Lokal unserer Partei, dem Tirol, wo vor überfülltem Saal Dr. Haubach und der halleische Universitätsprofessor Herj sprachten, und wo sich zum Schluß alle Studenten, Arbeiter und Bürger in dem packenden Kreiselgebnis zum deutschen Einheitsstaat und zur deutschen sozialen Republik zusammenfanden.

Wochenendfahrt nach Kopenhagen

am kommenden Sonnabend/Sonntag ab Berlin und zurück zu dem außergewöhnlich billigen Fahrpreis von 20,- Mark (Bahn und Schiff). Teilnehmerkarten bis Freitag bei den bekannten Stellen oder beim Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Unzulängliche U-Bahn.

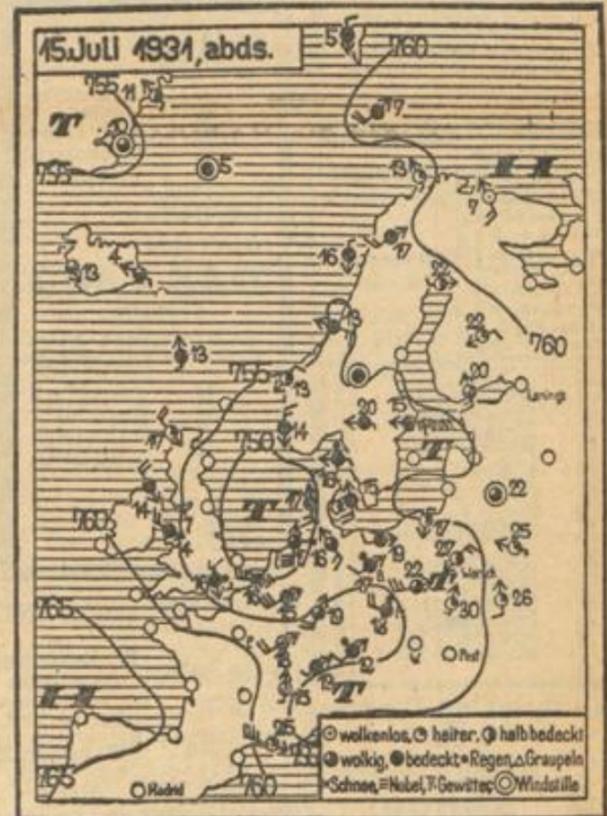
Stiefmütterliche Behandlung der Dahlemer Strecke.

Die Berliner U-Bahn hat eine einzige richtige Ausfalllinie, die über Dahlem nach der Krümmen-Lanke; bereits an der Station Thielplatz führt sie an den Brunenwald heran und gemährt von da ab bei jeder der drei folgenden Stationen unmittelbarer Zugang zum Brunenwald. Diese Tatsache ist natürlich der Berliner U-Bahn bekannt, so daß die U-Bahnstrecke nach Krümmen-Lanke sich steigender Beliebtheit und damit steigender Benutzung erfreut. Das geht am Vormittag los, wenn in der Schulzeit die Schulklassen hinausfahren. Aber schon in der ersten Nachmittagsstunde setzt der starke Zustrom aller Ausflügler ein. Leider hat die Betriebsleitung der U-Bahn diesem Zustand bisher, trotz mannigfacher öffentlicher Kritik, keine Rechnung getragen. Die nach Krümmen-Lanke durchfahrenden Züge verkehren nur alle zehn Minuten und sind, wie es bei dem Andrang unbedingt notwendig wäre, nicht einmal Achtwagenzüge, sondern nur Sechswagenzüge, die gar nicht imstande sind, die Massen einigermaßen anständig und bequem zu befördern. Kommen dann von der vierten Nachmittagsstunde an die Angestellten und Beamten aus den Büros und Arbeitsstellen, so entsteht eine unerträgliche Ueberfüllung, die sogar so weit geht, daß Personen Gefahr laufen, nicht mitzukommen. Im Innern herrscht ein fürchterliches Gedränge. Immer wieder müssen Personen, die mitten in Berlin einsteigen, bis zur Endstation, also über eine halbe Stunde stehen. Es ist unbedingt notwendig, daß im Sommer entweder alle fünf Minuten durchgehende Züge fahren, oder die Züge von mittags um 1 Uhr ab auf acht Wagen vergrößert werden.

Die U-Bahn hat sich weiterhin sehr unbeliebt dadurch gemacht, daß sie den Fahrplan dieser Strecke statt zu verbessern, verschlechtert hat, indem sie in den Vormittagsstunden statt alle zehn, jetzt sogar alle 12 Minuten einen Zug verkehren und daß sie die allerältesten Wagen laufen läßt, deren Benutzung kaum noch zu rechtfertigen ist. Der Zwang zu sparen darf nicht so weit gehen, dem erholungsbedürftigen Publikum eine Beförderung zuzumuten, die den selbstverständlichen Forderungen nach Bequemlichkeit und Hygiene in keiner Weise mehr entspricht. Die heutigen Zustände auf der Dahlemer Strecke sind unerträglich und sollten nun endlich schleunigst gebessert werden.

Während der letzten Monate sind in verschiedenen Berliner Außenbezirken, namentlich im Norden, Osten und Süden, an den Autobus- bzw. Straßenbahnhaltestellen mehrere hundert Ruhebänke aufgestellt worden. Die Bänke zeichnen sich zum Teil durch eine besonders bequeme Form aus und werden von den wartenden Fahrgästen gern benutzt. Die begrüßenswerte Neuerung hat besonders dort ihre Bedeutung, wo die Wagenfolge nicht sonderlich dicht ist.

Allgemeine Wetterlage.



Im größten Teil des Reiches wurde das Wetter am Mittwoch von einem ozeanischen Luftstrom beherrscht. Sehr warm wurde es nur noch in Schlesien, wo das Thermometer auf 30 Grad stieg. In den Alpen und im Nordosten des Reiches fielen ergiebige Niederschläge. Auch im übrigen Reich regnete es. Nur der Nordosten und das südliche Schlesien blieben noch frei von Niederschlägen. Zunächst werden wir im Bereich der ozeanischen Luft verbleiben. Anhaltender, von Westen heranziehender Druckanstieg läßt aber erwarten, daß eine langsame Besserung des Wetters eintritt.

Wetterausichten für Berlin: Wechselnd bewölkt, noch einzelne Regenschauer, frische südwestliche Winde, wenig Wärmeänderung. — Für Deutschland: Im Nordosten regnerisch, sonst im Osten sowie im Norden veränderlich, einzelne Schauer, im Südwesten Besserung.

Eine Meile Louise ist
um eine Enver Bey **VALUTA**,
weil sie so vorzüglich schmeckt und
nicht kratzt **6 St. 20 PE • 9 St. 30 PE**

GOLDENE MEDAILLE · SALONIKI (MAZEDONIEN)

Frankreichs Kredithilfe.

Unter finanziellen Sicherheiten bereit — politische „Stabilisierung“.

Paris, 15. Juli.

Die Havasagentur beschäftigt sich in einer Auslassung mit den heute in Paris stattgefundenen Unterredungen zwischen Staatssekretär Slimon, Staatssekretär Henderson und Ministerpräsident Laval, und stellt weitere Unterhandlungen für morgen in Aussicht. Außerdem wird in der Auslassung darauf hingewiesen, daß der französische Ministerrat, der am Freitag zusammentritt, sich ebenfalls mit dem Problem beschäftigen wird, das heute der Gegenstand der Aussprache der verschiedenen Minister gewesen ist, nämlich mit der Frage einer eventuellen finanziellen Hilfe für Deutschland. Es heißt in dieser Auslassung:

So wie die Dinge augenblicklich liegen, wird die öffentliche Meinung Frankreichs, die weit davon entfernt ist, sich über die gegenwärtige Lage in Deutschland zu freuen und ohne die Verantwortlichkeit der Lage zu unterziehen, sich nicht weigern, einer eventuellen finanziellen Mitwirkung ins Auge zu fassen.

Die französische öffentliche Meinung erkennt in der Tat nicht, daß der Krieg eine mehr und mehr engere gegenseitige Abhängigkeit der Völker zur Folge gehabt hat und Frankreich verneint nicht die Verpflichtung der internationalen Solidarität. Aber die Erfahrungen, die man in den letzten Jahren mit den Beziehungen zu Deutschland gemacht habe, dürfen fataler Weise die Leiter der französischen Politik nicht dazu führen, das französische Nationalvermögen in gewagten Operationen anzulegen.

Deswegen kommt für Frankreich nicht in Frage, Deutschland Kredite zu eröffnen, ohne daß es als Gegenleistung substantielle Garantien liefert, welche durch ein gemeinsames Abkommen der interessierten Finanzminister festgelegt werden müssen.

Die ins Auge gefaßte Operation wird tatsächlich von solchen Voraussetzungen sein, daß sie nicht ohne die Mitarbeit der amerikanischen, englischen und französischen Banken gelingen kann, die sich zu einer gemeinsamen Anstrengung vereinigen müssen und die ihnen gleiche Rechte und gleiche Interessen geben würden.

Es versteht sich von selbst, daß diese technischen Bedingungen nicht genügen würden, um die deutsche Währung zu retten, wenn sie nicht während der Periode der Wiederaufrichtung von einer politischen Stabilität begleitet sein werde, ohne welche ein internationales Vertrauen und ohne welche Kredite nicht möglich sind.

Die Städte in der Krise.

Ihre Zahlungsfähigkeit muß erhalten bleiben.

Der engere Vorstand des Deutschen Städtetages beriet in Anwesenheit des Reichsinnenministers Dr. Wirth, des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes Dr. Kleiner und anderer Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden eingehend die Finanz- und Wirtschaftslage der Städte und der öffentlichen Banken.

Dieser Frage kommt deswegen gegenwärtig ganz besondere Bedeutung zu, weil von der Zahlungsfähigkeit der öffentlichen Kassen die Lebensmöglichkeit weitaus der Bevölkerung abhängt, und zwar nicht nur wegen der Gehälter und Löhne, sondern auch wegen der Unterstützungen an die Fürsorgeberechtigten, insbesondere an die Wohlfahrtsvereine.

Man war sich darüber vollkommen einig, daß sofortige Schritte ergriffen werden müssen, um die Zahlungsfähigkeit der öffentlichen Kassen zu sichern und sobald wie möglich wenigstens einen beschränkten Zahlungs- und Wirtschaftsverkehr wieder aufzunehmen, zugleich aber den völlig ungerechtfertigten Abhebungen bei den Sparkassen entgegenzuwirken, die zum größten Teil nur aus übertriebener Nervosität zu erklären sind.

Es bestand ferner darüber Übereinstimmung, daß die Sparkassen in derselben Weise behandelt werden müssen wie die übrigen Bank- und Kreditinstitute. Es ist deshalb nach Ansicht des Städtetages notwendig, die Sparkassen ebenso wie die Banken in die Lage zu versetzen, von den ihnen gesetzlich zustehenden Bombardierungsmöglichkeiten bei der Reichsbank Gebrauch zu machen. Das bezieht sich in erster Linie auf die Kommunalanleihen. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß ausreichende Zahlungsmittel auch bei den öffentlichen Kreditinstituten bereitstehen. Alsdann würden die städtischen Sparkassen durchaus in der Lage sein, ihren Verpflichtungen im Interesse der Gesamtheit zu genügen. Die Städte vertrauen auf den gesunden Sinn ihrer Bevölkerung und werden zu ihrem Teil daran mitwirken, die Krise zu überwinden.

Untersuchung wegen der Roggenfälschung

Dr. Baade stellt Antrag auf Disziplinarverfahren.

Wegen der im Roggen-Untersuchungsausschuß des Reichstags erhobenen Anschuldigungen hat Dr. Baade beim Reichsernährungsminister in seiner Eigenschaft als Reichskommissar bei der Deutschen Getreidehandelsgefellschaft die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich beantragt. Im Einklang mit Dr. Baade wird der Reichsinnenminister zum Zwecke der Durchführung dieses Verfahrens die Aufhebung der Immunität beim Reichstag beantragen. Bis zur Erledigung des Disziplinarverfahrens ist Dr. Baade auf eigenen Antrag beurlaubt worden.

Wie wir erfahren, hat auch Staatssekretär z. D. Hagedorn wegen der im Untersuchungs-ausschuß gegen ihn erhobenen Vorwürfe ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt.

Keine Vollstreckung von Todesurteilen.

Zwei Begnadigungen in Bayern.

München, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Laut amtlicher Mitteilung hat das bayerische Staatsministerium das gegen den Mordmörder Weigelt in Koburg verhängte Todesurteil in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Weigelt hatte die Verkäuferin Martha Heublein in Koburg ermordet.

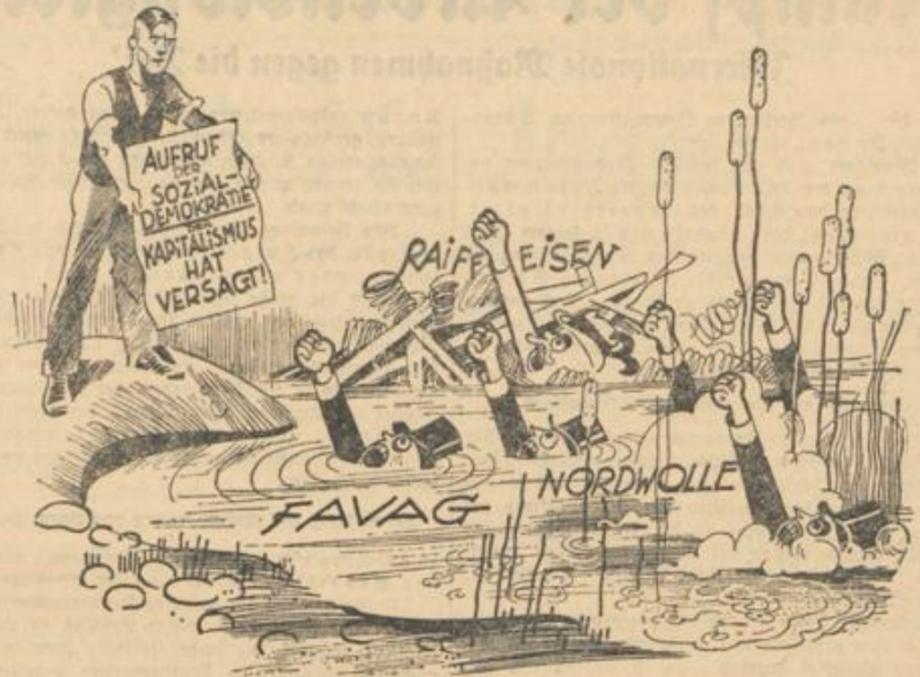
Durch Ministerratsbeschluss wurde auch der vom Schwurgericht Fürth zum Tode verurteilte Leonhard Baumann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Baumann hat seine Geliebte, die Dienstmagd Anna Stinzenböcker in Moosbach ermordet.

Sozialistischer Cortes-Präsident.

Madrid, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Das spanische Parlament wählte den Sozialisten Besteiro zum Präsidenten. Die Wahl erfolgte mit 363 gegen 2 Stimmen.

Die verfrachteten Wirtschaftsführer.



„An unserer Unfähigkeit ist nur der Marxismus schuld!“

Franzen moralisch verurteilt.

Freispruch nur wegen mangelnden Beweises.

Nach anderthalbstündiger Beratung verkündete das Schöffengericht Berlin-Mitte gestern um 1/3 Uhr folgendes Urteil im Prozeß gegen den braunschweigischen Staatsminister Dr. Franzen: Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Der Freispruch erfolgt wegen mangelnden Beweises.

Vernichtende Urteilsbegründung für Franzen.

In der Urteilsbegründung führte Amtsgerichtsrat Herzfeld etwa folgendes aus: Das Gericht hatte in erster Linie zu prüfen, ob sich der Landwirt Guth eines Vergehens oder eines Verbrechens schuldig gemacht hat. Am 13. Oktober war es am Potsdamer Platz zweifelsohne zu einem Aukauf gekommen. An einem Aukauf kann ein jeder teilnehmen. Des Vergehens des Aukaufes aber macht sich derjenige schuldig, der der dreimaligen Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, nicht Folge leistet. Das Gericht hat das Vergehen des Aukaufes beim Landwirt Guth verneinen müssen. Mit dieser Feststellung hätte sich das Gericht eigentlich begnügen können, da die Verneinung des Vergehens des Aukaufes beim Zeugen Guth eine strafbare Begünstigung durch den Angeklagten Dr. Franzen ausschließt. Es hat aber auch das weitere Ergebnis der Beweisaufnahme einer rechtlichen Würdigung unterzogen.

Guth spielte sich auf der Wache als Lohse auf, er ließ Dr. Franzen herbeiführen, damit dieser ihn legitimiere. Dr. Franzen veranlaßte den Abgeordneten Lohse mitzugehen. Das Gericht ist nicht der Ansicht, daß zwischen Dr. Franzen und Dr. Lohse unterwegs die Rede vom festgenommenen Guth gewesen ist. Das Gericht hat den Eindruck, daß

der Landtagsabgeordnete Lohse die Polizei bewußt angelogen

und erst hier im Gerichtssaal die Wahrheit gesagt hat. Es war ihm peinlich, einem angesehenen Fraktionsmitglied gegenüber einzugehen, daß er dem Landwirt Guth seinen Ausweis gegeben und daß dieser sich der Polizei gegenüber Lohse genannt hat. Wenn es anders gewesen wäre, so hätte Lohse Dr. Franzen nicht allein die Suppe ausessen lassen, die er und Guth ihm eingebrockt hatten. Hätte Dr. Franzen von dem wahren Sachverhalt gewußt, er hätte dann auch nicht Lohse zur Wache mitgeschleppt. Weil Lohse aber Dr. Franzen über den wahren Sachverhalt nicht unterrichtet hatte, hielt er sich auf der Wache die ganze Zeit im Hintergrunde, um sich nach dem Eintreten des Majors Heinrich sofort zu drücken. Lohse spielt in diesem Prozeß eine äußerst unerfreuliche Rolle.

Was das Verhalten des Dr. Franzen auf der Wache betrifft, so unterliegt es gar keinem Zweifel, daß er daran mitgewirkt hat, den wahren Sachverhalt zu verschleiern und an dem Befreiungsversuch Guths teilgenommen hat.

Selbst wenn die Dinge sich so abgespielt haben sollten, wie Franzen es darstellt, so hat er auch dann Guth als Lohse legitimiert. Er wußte, daß es darauf ankommt, die Identität des Festgenommenen festzustellen. Das war Lohse klar, mußte also dem Angeklagten, der Lohse an Intelligenz nicht nachsteht, gleichfalls klar sein. Es ist ausgeschlossen, daß an ihn derartige wichtige Fragen gestellt worden seien, wie er behauptet, er wußte, was man von ihm wollte.

Er hat sich begrifflich der Begünstigung schuldig gemacht.

Das Gericht ist der Ansicht, daß die Fragen an den Angeklagten in präziser und klarer Form erfolgt sind. Ein so alter und erfahrener Beamter wie der Kriminalassistent Graf weiß, wie er zu fragen hat und der Zeuge Guth hat bei der richterlichen Vernehmung ausgelegt, daß er bereits im Begriffe war, die Wahrheit zu sagen, es aber unterlassen hat, nachdem Dr. Franzen ihn als Lohse identifiziert hatte; er wollte ihn nicht bloßstellen.

Bei der Prüfung der Frage aber, ob der Angeklagte Dr. Franzen gewußt hat, daß Guth sich eines Vergehens schuldig gemacht haben sollte, ist das Gericht zu einer Verneinung gekommen. Bei der Beurteilung der Aussage der Polizeibeamten war zu berücksichtigen, daß sie an jenem Abend auf der Polizeiwache nicht daran gedacht haben, daß sie später einmal in dieser Sache vernommen werden würden. So haben sie sich die Ereignisse hinterher rekonstruieren müssen. Der Kriminalassistent Graf hat beklagt, daß ihm bei Erteilung des Auftrages die Identität Guths festzustellen, von einer Bannkreisvernehmung nichts gesagt worden sei. Das Gericht ist auch der Ansicht, daß eine Belobigung der Beamten, die an und für sich durchaus gerechtfertigt war, erst nach Beendigung

der Angelegenheit hätte ausgesprochen werden sollen, da sie für die Beamten zu einer Fehlerquelle werden konnte. Das Gericht ist somit nicht überzeugt, daß dem Angeklagten gegenüber von einer Bannkreisvernehmung durch Guth die Rede gewesen ist.

Andererseits stellt das Gericht fest, daß die Begünstigung durch Dr. Franzen bereits vor Eintritt des Majors Heinrich stattgefunden hatte.

Guth hatte seine Ausweise schon zurückbekommen, er wäre entlassen worden, wenn er nicht selbst eine lange Rede darüber gehalten hätte, daß er sich nun wegen Verletzung der Immunität beschweren (!) würde. Das Gericht hat es als erwiesen erachtet, daß Dr. Franzen dem Major Heinrich gegenüber von der Immunität des Abgeordneten gesprochen hat. Auch daß er auf die direkte Frage, ob er in dem festgenommenen Lohse erkenne, eine bejahende Antwort gegeben hat; das Gericht hat sich aber nicht davon überzeugen können, daß Major Heinrich dem Angeklagten von dem Bannkreisvergehen des festgenommenen Mitteilung gemacht hat. Für den Angeklagten spricht sein Ausspruch, daß Abgeordnete bloß dann festgenommen werden können, wenn sie wegen Vergehens oder Verbrechens auf frischer Tat ertappt worden sind. Dieser Ausspruch hätte aber nur dann Sinn, wenn Dr. Franzen der Annahme war, daß dem festgenommenen Guth bloß die Führung des falschen Namens zur Last gelegt werde.

Das Gericht hat keinen Anlaß, an der Sauterkeit der Persönlichkeit des Angeklagten zu zweifeln. Das ist aber die Tragik dieses Falles, daß dieser sonst makellose Mann, der für sein Land in seinem Sinne gewiß das Beste will, in einen Konflikt geraten war, bei dem in ihm die ethischen Hemmungen, die er als Richter natürlich besaß, nicht aufkamen und er so eine Handlung begangen hat, die

wenn auch nicht strafrechtlich zu fassen, doch keine legale Handlung war.

und lediglich in Wahrnehmung von Parteinteressen vorgenommen worden ist.

Das Gericht ist somit zum Freispruch gelangt, weil die Wortart des Zeugen Guth nicht den Tatbestand eines Vergehens enthält, in bezug auf Guth subjektiv die Voraussetzungen des Vergehens des Aukaufes fehlen und weil es nicht nachgewiesen werden konnte, daß dem Angeklagten auf der Polizeiwache von der Bannkreisvernehmung des Guth Mitteilung gemacht worden war. Die Begünstigung der Übertretung ist aber keine strafbare Handlung im Sinne des Gesetzes.

Der braunschweigische Polizeiminister Franzen hat trotz des Freispruchs eine eklatante moralische und politische Niederlage erlitten. Der Freispruch erfolgte, weil Franzen sich der Begünstigung einer Übertretung schuldig gemacht hat, während ihm die Begünstigung eines Vergehens nicht nachgewiesen wurde.

Die „Nachtausgabe“ des Herrn Hugenberg fällt dies Urteil um in eine „persönliche Rechtfertigung Franzens“. Diese „persönliche Rechtfertigung“ sieht so aus:

Das Gericht stellt fest, daß Franzen an dem Versuch der Befreiung des Guth teilgenommen hat, daß er den wahren Sachverhalt zu verschleiern gesucht hat.

Das Gericht stellt fest, daß Franzen dem Polizeimajor Heinrich gegenüber erklärt hat, er erkenne Guth als den Abgeordneten Lohse.

Das Gericht stellt fest, daß sich Franzen begrifflich der Begünstigung schuldig gemacht habe.

Das Gericht stellt fest, daß Franzen eine Handlung begangen habe, die strafrechtlich nicht zu fassen sei, die aber keineswegs legal sei.

Derartige Feststellungen mögen der „Nachtausgabe“ mit ihren bescheidenen Ansprüchen an die Integrität rechtsstehender Politiker als „Rechtfertigung“ erscheinen — für einen ehemaligen Richter und jetzigen Polizeiminister eines Landes sind sie schlechthin vernichtend.

Was wird Herr Hitler, der die Legalität so laut behauptet hat, zu seinem nicht legalen Minister sagen?

Nach diesem Urteil stellen wir fest: an der Spitze der Polizei des Landes Braunschweig steht ein Minister, der die preußische Polizei angelogen hat, der ihr bei Amtshandlungen in den Arm fiel, und der sich nicht legaler Handlungen zur Befreiung eines Verhafteten schuldig gemacht hat.

Kampf der Arbeitslosigkeit!

Internationale Maßnahmen gegen die Not!

Der Direktor des Amtes Berlin des Internationalen Arbeitsamtes, Genosse Billy Donau, schreibt uns:

Die deutsche Wirtschaft wird von heftigen Fieberschauern geschüttelt. Unter dem Druck der Krise häufen sich die Zusammenbrüche. Sie vergrößern das Elend der Arbeitslosigkeit. Hoffnungslosigkeit greift Platz; denn nirgends und in keinem Land ist am Horizont ein „Silberstreifen“ sichtbar, der eine Zerteilung des Gewölks ankündigt. Noch ist von einer internationalen Aktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nichts zu spüren. Noch anfänglicher Bekämpfung der Vorschläge des Internationalen Arbeitsamtes scheint man sich aber nimmermehr doch in der internationalen Diskussion darauf zu einigen, daß die Inangriffnahme von

Öffentlichen Arbeiten auf internationaler Grundlage

ein Ausgangspunkt für eine aktive Konjunkturpolitik sein kann. Wir verkennen nicht, daß einer solchen Aktion Hemmungen im Wege stehen, die nicht leicht zu überwinden sind. Man braucht ja nur an die bremsende Wirkung der Ausführungen des Direktors der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes in der letzten Sitzung des Unterausschusses für Arbeitslosigkeit der Europakommission zu erinnern. Trotzdem sind die kürzlich gefassten Beschlüsse des Arbeitslosenausschusses von Bedeutung.

An der internationalen Diskussion ist nun wenigstens ein Ausgangspunkt für eine praktische und großzügige Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegeben. Es ist unbestritten, daß öffentliche Arbeiten in Krisenzeiten in manchen Ländern eine Verminderung der Arbeitslosigkeit bis zu einem Viertel der Gesamtzahl der Arbeitslosen herbeigeführt haben. Von dieser Tatsache ausgehend, beschloß der Ausschuss einstimmig, die Kreditkommission des Europaausschusses dringlich zu ersuchen, für die Inangriffnahme internationaler öffentlicher Arbeiten die erforderliche

dauernde Zusammenarbeit

herbeizuführen, um die notwendigen langfristigen Kredite flüssig zu machen. Der Ausschuss ist der Meinung, daß die Verwirklichung solcher Pläne sowohl den gegenwärtig in Europa brachliegenden Kapitalien geeignete Anlagemöglichkeiten bietet, als auch zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beiträgt.

Dieser Beschluß wurde gefaßt auf Grund von Vorschlägen verschiedener Regierungen zur Inangriffnahme von öffentlichen Arbeiten mit Hilfe internationaler Kredite. Die deutsche Regierung hatte in ihrer Antwort an das Internationale Arbeitsamt auf die Wichtigkeit der Erschließung neuer Arbeitsmöglichkeiten hingewiesen und mitgeteilt, daß die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten im deutschen Reich auf dem Gebiete des Wegebau, der elektrischen Energieverteilung, der Bodenverbesserungsarbeiten und der Arbeiten zum Schutz gegen Ueberschwemmungen mündelstens

4 bis 5 Millionen Arbeitstage zusätzlicher Art

schaffen würden und daß dazu ein langfristiger Kredit von 100 Millionen Mark zu niedrigen Zinsfüßen erforderlich sei.

Der Kreditausschuss der Europakommission soll Mitte

August zusammentreten. Es ist zu hoffen, daß er die Sicherstellung großzügiger öffentlicher Arbeiten durch Bereitstellung von internationalen Krediten unterstützt, damit auf einem wichtigen Gebiet die immer wieder betonte europäische Zusammenarbeit endlich verwirklicht wird.

Von Bedeutung ist auch der Beschluß des Arbeitslosigkeitsausschusses für das Zusammenwirken der Arbeitsvermittlungsamter aller europäischen Staaten, wenn er auch nicht die große unmittelbare Wirkung zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise hat wie die Durchführung öffentlicher Arbeiten. Es soll eine Konferenz der Zentralstellen der europäischen Arbeitsvermittlungsamter stattfinden, an der auch je ein Unternehmer- und je ein Arbeitervertreter des Verwaltungsrates dieser Samter teilzunehmen hätte. Zweck der Konferenz soll sein: die Schaffung eines Austauschdienstes zur regelmäßigen Arbeitsmarktberichterstattung, die Schaffung von geeigneten Maßnahmen, um die

Bermittlung von Arbeitskräften von einem Land in ein anderes

zu erleichtern und schließlich eine Ausprache über die Methoden der Arbeitsvermittlung der verschiedenen Länder.

Es handelt sich also um eine Arbeitsnachweis-Konferenz für alle Länder Europas. Schon dieser Beschluß ist zu begrüßen, denn er erscheint geeignet, die bisher fehlende Zusammenarbeit auf einem wichtigen Teilgebiet des Arbeitsmarktes herbeizuführen. Diese Konferenz, die übrigens als ständige Einrichtung gedacht ist und die von Zeit zu Zeit zusammentreten soll, kann ein wirksames Instrument der europäischen Annäherung und Zusammenarbeit auf sozialem Gebiet werden. Sicherlich werden schon auf der ersten Tagung sofort Probleme auftauchen, deren Ueberwindung unter dem heutigen System der gegenseitigen Abschirmung der nationalen Arbeitsmärkte nicht möglich ist. Aber Rom ist ja auch nicht an einem Tage erbaut worden. Sicher wird die Konferenz der gewerkschaftlichen Forderung auf

Wiederherstellung der Freizügigkeit

der Arbeitnehmer nicht aus dem Weg gehen können.

Der Arbeitslosigkeitsausschuss der Europa-Kommission hat auch noch eine Entschliessung über die Wanderungsbewegung angenommen, nach der auf lange Sicht ein großzügiges Programm internationaler Siedlungspolitik von den zuständigen Organen des Völkerbundes aufgestellt werden soll. Der Ausschuss regt eine planwirtschaftliche Regelung der landwirtschaftlichen Siedlung in neuen, bisher vielfach noch unbebauten Ländern an. Sein Vorschlag ist zweifellos von Interesse, auch wenn einer baldigen Verwirklichung viele Schwierigkeiten entgegenstehen.

Für die vielen Millionen Menschen, die arbeitslos und hoffnungslos als Opfer der kapitalistischen Wirtschaft auf der Straße liegen, muß neue Arbeit geschaffen werden. Hoffentlich führen die Beschlüsse des Europa-Ausschusses recht bald zu einer aktiven Beeinflussung der jetzigen Krise.

Reichsregierung in erster Linie am Plage wäre, um dem drohenden Zusammenbruch zu begegnen.

Die im DWA organisierten Werkmeister sind nach wie vor bereit, zur Rettung der Republik und zur Sicherung der von den Gewerkschaften erlängten Sozialpolitischen Opfer zu bringen. Sie verlangen aber auf das entschiedenste, daß diese Opfer allen Schichten des Volkes nach ihrer Leistungsfähigkeit auferlegt werden und daß die Bestimmungen der Roterordnung, die eine einseitige Belastung der Arbeiter und Angestellten darstellen, sofort aufgehoben werden.

Protest der Bankangestellten.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten hatte gestern abend nach den Germania-Sälen eine Mitgliederversammlung einberufen, die leider schwach besetzt war. Das dürfte in der Hauptsache darauf zurückzuführen sein, daß der eigentliche Grund zu dieser Protestversammlung die Sperre der Gehaltszahlung, durch die Erklärung der Banken, am 16. Juli die Gehälter zu zahlen, weggefallen ist.

Referenten des Abends waren die Verbandsvorsitzenden Marx und Emonts, die scharfe Kritik an dem kapitalistischen Wirtschaftssystem übten, auf dessen Konto in erster Linie die augenblickliche Verwirrung komme. Ebenso scharf kritisierten die Redner die verantwortlichen Regierungsstellen, die gegen die Panikmacher der Wirtschaft und Bankwelt nicht mit der nötigen Schärfe vorgehen. Einstimmig nahm die Versammlung eine im Sinne der Ausführungen der Referenten abgefaßte Entschliessung an.

Nordwest-Verhandlungen verlag.

Bis zum 24. Juli.

Dortmund, 15. Juli.

Die unter dem Vorsitz des Schlichters von Westfalen für die Eisen- und Stahlindustrie der nordwestlichen Gruppe geführten Lohnverhandlungen wurden auf Freitag, den 24. Juli, verlagert, um das von dem Schlichter von beiden Parteien vorgelegte umfangreiche Material im einzelnen zu prüfen.

Geschleierter Lohnverhandlungen.

Unternehmer von der Lohnabbaupolizei noch nicht geheilt.

Im linksrheinischen Braunkohlenbergbau sind die Parteienverhandlungen über die Löhne und Arbeitsverträge, die zum 31. Juli gefündigt wurden, geschleiert. Die Unternehmer fordern 10 Prozent Lohnabbau und Abbau der sozialen Zulagen um 25 Prozent. Die Arbeiter verlangen dagegen die 40-Stunden-Woche bei 12 Prozent Lohnausgleich. Am Donnerstag finden Schlichtungsverhandlungen statt.

Ein hartes Urteil.

Die Politik der Reichsregierung.

Wiederholt hat der Reichsarbeitsminister an der Agrarpolitik, die die Lebensmittelpreise künstlich steigert, Kritik geübt. Die Reichsregierung aber bemüht sich, das hohe Preisniveau des Getreides zu stabilisieren. Am Hinblick auf die zu erwartende günstigere Weizenernte soll eine Organisation für den Export von Weizen ausgegessen werden. Man will nach der Ernte mit Verlustpreisen exportieren, um die Preise in Deutschland hochzuhalten.

Dazu bemerkt die freigewerkschaftliche Holzarbeiterzeitung: „In der Reichsregierung ist anscheinend eine Arbeitsteilung in der Weise vorhanden, daß der Reichsarbeitsminister durch scharfe Reden die Arbeiter zu beruhigen sucht, während der Reichsernährungsminister in gesteigertem Maße die Ausnahmpolitik fortsetzt, die sein Kollege so abfällig kritisiert. Das ist eine Politik mit doppeltem Boden, mit der schleunigst ausgeräumt werden muß.“

Die Löhne in Amerika.

Gewerkschaften erstreben Stabilisierung.

New York, 15. Juli.

Der Präsident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Green, erklärte in einer Rede, die gegenwärtige Depression sei schlimmer als die Handelskrise vom Jahre 1893. Er sprach den Wunsch aus, daß Präsident Hoover eine Industriekonferenz einberufe, die die Erhaltung der Löhne auf ihrem gegenwärtigen Stande beschließen solle.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, um 19 Uhr, fanden die Gruppen: Adonis: Jugendheim Grünauer Str. 3 (Ruhe-Parkhof Spandauer). Bunter Abend: — Gebirgsbauern: Jugendheim Alte Schule, Götterberger Str. 2. Die Frau im Gewerksleben: — Schindler: Jugendheim Erdstr. 18 (Kreuzwehhaus). Die Gewerkschaften im neuen Ausland: — Kumpel: Gruppenheim Lützow Germaniastr. 4-6. Der Jugend zum Jugendheim erfolgt durch den Eingang auf der hinteren Seite der Schule, Hälstrocke. Was ist Sozialismus? — Sülzow: Reichsberger Str. 66 (Kreuzwehhaus). Sozialistische Jugend: — Moabit: Jugendheim Lehrtstr. 18-19. Gemeinlicher Sozialismus auf Schiffen: — Spandauer: Jugendheim 17. Festschule, Gartenstr. 17. Röhrling (Endhaltestelle Rudowstr. 11). — Neu-Westend: Jugendheim Guntersberg 44. Unsere Jünglinge probieren's mal. — Zehnberger Platz: Gruppenheim Döberliner Str. 5. Gewerkschaften, Staat und Roterordnung. — Zehnberger: Jugendheim Döberliner Str. 5. Röhrling, Röhrling, Röhrling. — Jugendgruppe des Verbandes der Röhrlingarbeiter und Gebirgsarbeiter, R. 54. Neuer Schindler Str. 4-5. Gerechtigkeit kommt mit seiner Wirtin. — Jugendgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: Spielen im Treptower Park, Spielweise 8, ab 19 Uhr.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, folgende Veranstaltungen: Pantan-Kinderfest: Jugendheim Erdstr. 14 (großes Zimmer). Platinenabend im Freien. Wir treffen uns vor dem Jugendheim. — Oden: Jugendheim der Schule Hiltner Str. 18. Vorkunde über logopolitische Fragen. — Explosiv: Jugendheim der Schule Hiltnerstr. 18 (Jugend von der Grundschule in Treptow). Wir üben mit Fritz Röhrling neue Plakat. — Freie Angestelltenbewegung e. G. m. B. H., Geschäftsstunden von 10 bis 12 Uhr im Verbandsbau. — Spiele im Freien ab 19 Uhr Sportplatz Jungfernhöhe, Sportplatz Humboldt-heim und im Schillerpark und ab 18 Uhr Sportplatz Ziergarten.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Altmeyer; Gewerkschaftsbewegung: Frick, Götter; Auslieferung: Dr. John Schittowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Röhrling; Anzeigen: Ed. Glöckel; Schriftlich in Berlin: Berlin; Norddeutscher Verlag G. m. B. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag und Verlagsgesellschaft Carl Simon & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2 und Silesia 2 Verlag und „Neuenhimmeler“.

Zur Gesichts-Bräunung

aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwende man die reizmildernde und kühlende Creme Leodor — feinfrei in jeder Packung; feinfrei in neuer Packung. — Tube 60 Pf. und 1 Pf. Wirksam unterstützt durch Leodor-Delektat 60 Pf. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

Es geht auch ohne Krach!

Die Empörung der Arbeitslosen.

Von einem Arbeitsamtangestellten wird uns geschrieben: Wenn man zurzeit auf irgendein Büro der Sozialversicherung kommt, und ganz besonders auf ein Büro der Arbeitslosenversicherung, so merkt man die furchtbare Erregung, die innerhalb der deutschen Bevölkerung zurzeit tobt. Die Arbeitslosen, wie auch die übrigen Sozialversicherten, erfahren von dem Abbau ihrer Renten und Unterstützungen. Sie fühlen sich dadurch in ihrer Lebenssicherheit bedroht und lassen harte Worte fallen nicht nur über ihr Schicksal, sondern sehr oft auch über die Leute, die weiter nichts tun als die Befehle auszuführen: über das Personal der Sozialversicherung.

Alles Schimpfen an diesen Orten ist wirklich unangebracht. Auch das Personal der Sozialversicherung hat mit den schwersten Sorgen zu kämpfen. Die Gehälter sind in unerträglicher Weise abgebaut worden. 11 Proz. Abzüge im Durchschnitt und dazu die Hälfte der Kinderzulage für das erste Kind, das macht insgesamt bei den einzelnen zwischen 30 und 150 Mark Abzug im Monat aus. Daneben ist auch noch eine Personalverminderung einhergelaufen, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Tausende von Angestellten der Sozialversicherung befinden sich im gekündigten Verhältnis und wissen noch nicht, ob sie nicht morgen oder übermorgen in die Reihen der Arbeitslosen zurückkommen.

Wozu also Krach mit den Angestellten dieser Ämter? Der Angestellte selbst weiß, wie bitter der Abbau der Sozialversicherung für den einzelnen ist. Er weiß es besser, als jeder Gesetzgeber, weil er die Fühlung mit dem Publikum seit jeher hat und weil er sehr oft selbst ein früherer Arbeitsloser ist, der erst durch das Ansteigen der Arbeitslosigkeit in diesen Beruf gekommen ist.

Der Angestellte der Sozialversicherung und ganz besonders der der Arbeitslosenversicherung kann nichts dafür, daß er Befehle ausführen muß, die die Reichsregierung durch Roterordnung erlassen hat und die nun für die Arbeitslosen ab 6. Juli sich äußerst hart auswirken. Das Schimpfen an diesem Plage ist falsch am Plage, es hindert auch den reibungslosen Verkehr mit dem Publikum, da jedes Schimpfen und jedes Krachmachen lediglich von der Arbeit abhält. Lehnen Endes leiden also in der Hauptsache die Arbeitslosen selber durch langsamere Abfertigung, wenn sie an unangebrachter Stelle ihrer an sich berechtigten und verständlichen Erregung Luft machen.

Für allgemein verbindlich erklärt.

Die Angestelltenabkommen in der Berliner Metallindustrie.

Das Gehaltsabkommen vom 26. März 1931 und das Abkommen über Kurzarbeit vom 30. Januar 1931 bis 26. März 1931 für die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Berliner Metallindustrie ist mit Wirkung vom 1. Juli 1931 für allgemeinerbindlich erklärt worden.

Das erste Abkommen vom 30. Januar 1931 wurde infolge der Kurzarbeit notwendig. Für jede verkürzte Arbeitsstunde wurde ein Gehaltsabzug von 4,5 vom Tausend als zulässig erklärt, jedoch nur bis höchstens 15 Proz. des Monatsgehalts. Der Urlaub, ebenso die Zeit der Kündigung, ist voll zu zahlen.

Die Gehaltsvereinbarung vom 26. März setzte das Gehaltsabkommen vom 1. April bis 30. September 1929 wieder in Kraft, was einem Gehaltsabbau um 6,55 Proz. gleichkam.

Das Sonderabkommen vom 30. Januar wurde dahin geändert,

daß der Höchstabzug bei Kurzarbeit in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1931 nicht bis zu 15 Proz., sondern nur bis 10 Proz. gehen darf.

Diese Abkommen wurden nur unter dem Zwang der Verhältnisse getroffen. Sie gelten bis zum 31. März 1932. Im gestrigen Abend berichteten wir eingehend über die zunächst vergeblichen Bemühungen der Angestellten der Metallindustrie, die Abänderung des Sonderabkommens vom 30. Januar durch das Abkommen vom 26. März zu verlängern, das heißt mit den Abzügen infolge Kurzarbeit auch weiterhin nur bis zu 10 Proz. zu gehen, anstatt bis zu 15 Proz.

Die reichlich spät erfolgte Erklärung als allgemeinerbindlich betrifft lediglich die dem DWA nicht angeschlossenen Berliner Metallbetriebe, für die diese Abkommen nun ebenfalls Geltung haben.

Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau

Konzentrierter Kampf gegen die freie Gewerkschaft.

Die Arbeitskammerwahlen für den Ruhrbergbau haben folgendes endgültiges Ergebnis: Von 164 341 gültigen Stimmen der Arbeiter erhielten: Bergbauindustriearbeiterverband 58 103 Stimmen (7 Mandate), Christen 43 605 (6), Deutscher Arbeiter (Gelb) 12 067 (1) und RSD. 50 566 (6). Die Wahlbeteiligung betrug rund 70 Proz. Die nationalsozialistische Liste war für ungültig erklärt worden, da sie den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprach.

Von 16 874 gültigen Stimmen der Angestellten erhielten: AFA-Bund 3893 Stimmen (3 Mandate), Verband der Bergbauangestellten 2525 (2), Gewerkschaftsbund der Angestellten 4621 (3) und die Arbeitsgemeinschaft der Bergbauangestellten (gelb) 5835 (4). Die Wahlbeteiligung betrug rund 83 Proz.

Der Bergbauindustriearbeiterverband hatte mit 8 Mandaten gerechnet. Bei der letzten Wahl hatten die Kommunisten keine eigene Liste aufgestellt. 1925 hatte sie mit eigener Liste 6 Mandate erhalten. Der Wahlkampf ist in der Hauptsache gegen den Bergbauindustrieverband geführt worden; Christen und Kommunisten bedienten sich dabei wenig anständiger Methoden. Die Erfolge der Gelben entsprechen weder der außerordentlichen Förderung, deren sie sich von Unternehmerseite erfreuen, noch ihrer Voraussage, sie würden die gewerkschaftliche Position „zertrümmern“.

Die Werkmeister zur Roterordnung.

In einer stark besuchten Kundgebung des Bezirks Berlin-Brandenburg des Deutschen Werkmeister-Verbandes im großen Saal der Germania-Säle referierte der Leiter der sozialpolitischen Abteilung Dr. Croner über die Roterordnung vom 5. Juni und deren Auswirkungen. Die Kundgebung fand ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschliessung, in der es heißt:

Die Roterordnung bringt keine Sanierung des Reichs, wohl aber eine Verschärfung des Elends und eine ungemessene Steigerung der Empörung über die unerkümmelte Sozialreaktion, die gegenwärtig Deutschland beherrscht. Sie ist angefüllt mit kleinlichen bürokratischen Schikanen, die die Erbitterung ins Ungemessene steigern müssen. Die Ereignisse nach dem Erlaß der Roterordnung, der Zusammenbruch größtmahnsinnig ausgeführter Unternehmungen, die Kapitalflucht, deren Ausmaß die deutsche Wirtschaft in eine Katastrophe trieb, zeigen, wo eine harte Hand der

Milliarden für Fehlanlagen.

Ist die Bankrottwirtschaft des Privatkapitals „schlechthin dummes Zeug“?

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Leitblatt für die Interessen scharfmacherischer Unternehmer, hat sich mit dem Ausruf „Ma das deutsche Volk“ der Sozialdemokratischen Partei beschäftigt. Sie bezelähnte die Kritik des Ausrufes und des „Vorwärts“ an der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung als „schlechthin dummes Zeug“. Wir lassen hier eine kleine erschütternde Auswahl aus der Belästigung deutscher Wirtschaftsführer aus den letzten Jahren folgen. Wir hoffen, daß die „D.A.Z.“ den Beweis führen wird, daß diese „Leistungen“ deutscher Wirtschaftsführer als Dokumente wirtschaftlicher Führerqualitäten angesehen werden müssen.

In der Schwerindustrie wurde das Kapital zu Hunderten von Millionen verschleudert. Der Ruhrmontanrüst kam nur zu stande, weil seinen Gründern eine um mindestens ein Drittel zu hohe Bezahlung gesichert wurde. Der Enquetebericht über die Eisenindustrie mußte feststellen, daß die Schwierigkeiten der Schwerindustrie „struktureller“ Natur sind, das bedeutet,

daß überspannte Leistungsfähigkeit und große Kapitalfehlleistungen die Schwerindustrie bewegungsunfähig gemacht haben.

Der Kurs der Stahlereinsaktien steht bei 35 Proz. In der Glanzkonjunktur hat die Eisenindustrie 16 Millionen Tonnen abgesetzt. In den Eisenerzländern entfielen aber allein auf die sechs großen Konzernwerke Beteiligungen im Betrage von 18 Millionen Tonnen. Um die Kartell- und Monopolherrschaft der Eisenerzländer komplett zu machen, hat man 80 bis 90 Millionen Mark für den Ankauf von Lukensteinerfirmen hinausgeworfen. Die Folge war die wucherische Hochhaltung der Eisenpreise in Deutschland und eine unabsehbare Schädigung der hochwertigen Bergarbeiter- und Exportindustrien. Man hat Erzlieferungsverträge mit Schweden geschlossen, die bis 1942 etwa 200 Millionen Mark Verluste bringen können. Von den deutschen Banken wurden die dafür erforderlichen Kredite beschafft; unkontrolliert konnten diese Kredite sehr häufig in Fehlanlagen festzieren. Die Bewegungsunfähigkeit der Banken hat vielfach in der Wirtschaft der Schwerindustrie ihren Grund.

Bei der Steinkohle liegen die Dinge nicht viel besser. Eine beispiellose Rationalisierung, die die Kosten erheblich senkte, ließ die Kohlenpreise unberührt. Auf Halbe liegen jetzt für mehr als 200 Millionen Mark Kohle; diese Kohle wird nicht verkauft, weil die Banken mit ihren Krediten stillhalten und stillhalten müssen. Ein großer Teil der Kokereien muß abgeschrieen werden.

Kohlen- und Eisenerzpreise waren und sind das schwerste Hemmnis für den Preisabbau.

Die Leistungsfähigkeit der Stickstoffindustrie übersteigt den Bedarf bei weitem. Nach ihrem Ausbau hat sie eine Leistungsfähigkeit von über 1,2 Millionen Tonnen. Auch in guten Zeiten betrug der Absatz des Stickstoffammoniaks nicht viel mehr als die Hälfte. In den nicht ausgenutzten Stickstoffanlagen stehen Dutzende von Millionen, die verzinst und in zu hohen Stickstoffpreisen bezahlt werden müssen. Soweit die Schwerindustrie daran beteiligt ist, sind auch hier große Bankkredite eingefroren, hat auch hier die Kon-

trolle der Aufsichtsräte und der Banken verfolgt! Jetzt sind Stickstoffzölle eingeführt worden, um die Gefahren der Ueberkapazität zu bannen.

Die deutsche Kunstseideindustrie war das Feld ungeheuerlicher Fehlspekulationen und Fehlausbauten. Die Leistungsfähigkeit kann auch in guten Zeiten nicht entfernt ausgenutzt werden. Zeugen für die Mißwirtschaft sind die Kursstürze der Glanzstoffaktien von 800 Proz. auf 100. Bei Auslandsgründungen sind die schwersten Verluste eingetreten.

Im Bau befindliche neue Werke der Kunstseideindustrie, die schon Millionen gekostet haben, sind zu Ruinen geworden.

In der Zementindustrie stand einer Leistungsfähigkeit von 15 bis 16 Millionen Tonnen im Jahre 1929 und im Jahre 1930 eine Ausnutzung von nur 25 bis 35 Proz. gegenüber.

In wenigen Jahren sind für den Werksausbau in der Zementindustrie 300 Millionen Mark regelrecht verschleudert worden, dazu kommen mehrere Dutzend Millionen für den Ankauf und die Bekämpfung von Lukensteiner, d. h. für die Hochhaltung der Kartellpreise.

Beim Widokingkonzern, der größten der deutschen Zementunternehmungen, erwartet man jetzt eine Kapitalzusammenlegung auf ein Fünftel, weil schwerste Verluste eingetreten sind. Der Kurs der Widokingaktien ist unter 17 Proz. gesunken. Der Fehlausbau wurde größtenteils mit Bankschulden durchgeführt, die Kontrolle der Banken hat auch hier verfolgt; die Forderungen an die Zementindustrie sind meist eingefroren.

In der Linoleumindustrie hat eine jahrelange Ausdehnungspolitik mit dem Ehrgeiz, ein europäisches Monopol zu schaffen, ebenfalls zu den schwersten Verlusten geführt. Bei den großen Ueberseesiedereien wurden Bankkredite zum Bau von Schiffrieseln verwendet und die Lonnage so unwirtschaftlich ausgedehnt, daß auch in besten Zeiten keine Möglichkeit ihrer vollen Verwendung besteht. Bei den Werken hat die Rivalität der Banken zu Fusionen geführt, die sich als Fehlschläge erwiesen haben und die zu großen Verlusten führten.

In der deutschen Automobilindustrie, vielfach von ehemaligen Militärs geleitet, ergaben sich allein bei drei Firmen in kurzer Zeit Verluste von 50 Millionen Mark, die Gesamtverluste sind mindestens auf 100 Millionen Mark zu schätzen.

An eine Ausnutzung der Leistungsfähigkeit ist nicht zu denken. Auch hier hat die Rivalität der Großbanken jede vernünftige Aufbau- politik unmöglich gemacht.

In der Textilindustrie ist die Leistungsfähigkeit für Baumwolle und Baumwollwaren viel zu groß, weil man auch hier wie in der Eisenindustrie das verriete Prinzip verfolgt hat, die ganze mit Eisen-Loihringen verlorene Leistungsfähigkeit in Deutschland wieder aufzurichten.

Die Beträge, die hier durch eine falsche Politik und mangelnde Voraussicht der sogenannten Wirtschaftsführer verwirwastet worden sind, gehen in die Milliarden. Diese Milliarden tragen in

hohem Maße, da die entsprechenden Kredite weitgehend eingefroren sind, zur jetzigen Lähmung in der deutschen Kreditwirtschaft bei. Im Ausland, wo ja Fehlinvestitionen auch nicht unbekannt sind, kennt man diese Dinge sehr genau. Karstadt und besonders Nordwolle mußten als Signal wirken. Die ausländischen Kreditföndigungen nahmen nicht zuletzt deshalb kein Ende.

Wir glauben, daß die deutsche Öffentlichkeit diese erschütternde Kritik der Tatsachen an der Wirtschaftsführung deutscher Unternehmer nicht als „schlechthin dummes Zeug“ betrachten wird. Sie wird vielmehr mit der Sozialdemokratie der Auffassung sein, daß ohne weitgreifende Kredit- und Wirtschaftskontrolle in Deutschland, ohne stürkste regulierende und kontrollierende Einflußnahme des Staates auf das Wirtschaftsleben es einfach nicht mehr geht.

Eine erfreuliche „Berichtigung“ Um den kommunalen Aktienbesitz am RWE.

Wir waren vor einigen Tagen genötigt, unter der Ueberschrift „Kommunalfinanzien und Aktienbesitz“ eine Frage an die Reichsbank zu richten. Wir mußten uns auch einer ungerechten Hege gegen die Preussische Elektrizitäts-L.G. publizistisch annehmen. Es handelte sich um die Frage, ob die Reichsbank den Verkauf der in kommunalen Besitz befindlichen Aktien am Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk verlangt hat und zum anderen um die Abwehr eines unter den jetzigen Verhältnissen unqualifizierbaren Angriffes aus „schamannischen Kreisen“, den die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht hat.

Von der Reichsbank haben wir keine Antwort bekommen, wohl aber von der Direktion der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke L.G. in Essen. Zum größten Teil ist das Schreiben der RWE-Direktion erfreulich, wir werden gleich sagen, warum. Im übrigen wird festgestellt, was wir gern wiedergeben, daß das RWE mit den Angriffen in der „D.A.Z.“ nichts zu tun hat. Eine Veröffentlichung des RWE-Schreibens auf Grund des Pressegesetzes kommt, das weiß wohl auch die Absenderin, nicht in Frage. Sie wäre ja auch überflüssig, da der Wortlaut des Schreibens mindestens der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zugegangen ist, die sich entsprechend für das RWE und gegen den „Bormärts“ äußerte.

Erfreulich in dem Schreiben der RWE-Direktion ist die erneute Feststellung, „daß wir (die Direktion der RWE — d. Red.) stets auf dem Standpunkt geblieben haben und stehen, daß das RWE in seiner Form als gemischtwirtschaftliches Unternehmen erhalten bleiben muß, und daß vor allem die verorgarten Kommunalverbände des Bestens am RWE beteiligt bleiben müssen“. Die RWE-Direktion unterstreicht also nochmals die auch von uns wieder- gegebene Auffassung von Dr. Silverberg und des Präsidiums des RWE.

Wir sind gerne bereit, jetzt alle Zweifel an dem Ernst dieser Auffassungen fallen zu lassen. Aber auch das RWE wird uns kaum verübeln dürfen, daß wir nach dem Angriff der „D.A.Z.“ dazu neigen durften, gewisse Zweifel vermutend zu äußern.

Im übrigen hat kürzlich die Dammert-Korrespondenz auch für die breitere Öffentlichkeit die Feststellung gebracht, daß dem RWE eine Strukturänderung des gemischtwirtschaftlichen Charakters des Unternehmens durchaus unerwünscht wäre und daß der kommunale Einfluß unverändert aufrecht erhalten werden muß. Zugleich werden hier auch die Gerüchte bedauert, durch die die Beunruhigung hervorgerufen wurde. Da das RWE jetzt keinesfalls mehr für diese Gerüchte verantwortlich gemacht werden darf, belassen wir es gern bei unserer Frage, die wir hier an die Reichsbank gerichtet haben und hoffen, daß von dort noch Antwort kommt. Wir bedauern natürlich auch, daß wir das RWE zu Unrecht in die Nähe des Verdachts gebracht haben, selbst das Ansehen eines Konkurrenzunternehmens wie der Preog und des preussischen Staates herabsetzen zu wollen.

Unsere Genugtuung über das Bekenntnis der privaten Aktionäre und der RWE-Leitung zur gemischtwirtschaftlichen Form im RWE, und auch unser Bedauern über die andeutungsmäßig gemachte Unterstellung, das RWE greife die Preog an, möchten wir aber sehr gerne auch für alle Zukunft gesichert sehen. In der Vergangenheit haben wir — und vielleicht auch andere — oft genug bemerkt, daß laites Vorgehen und publizistische Gewissenhaftigkeit vom RWE nicht immer ganz so groß geschrieben worden sind, wie wir es in diesem Falle gern unterstellen. Wir erinnern nur an die Elektrokämpfe im Saargebiet. In diesen Dingen soll noch einiges zu erwarten sein. Wir würden uns sehr freuen, wenn die RWE-Leitung uns auch hier nicht enttäuschen wird. Wir kommen ja schließlich nicht aus Uebermut zum Sündigen, sondern weil wir wie gebrannte Kinder das RWE-Feuer etwas scheuen.

1,5 Millionen für preussische Kleinbahnen.

Die Preussische Staatsregierung hat einen Gesehentwurf vorgelegt, der zur weiteren Förderung des Baues und der Erhaltung von Kleinbahnen 1,5 Mill. Mark bereitstellt. An sich wird der Bedarf für diese Zwecke auf über 15 Millionen angegeben. Bei der gespannten Finanzlage ist es aber nur möglich gewesen, 1,5 Mill. Mark für den Kleinbahnfonds anzusfordern. Mit diesem Betrag soll im wesentlichen eine Erneuerung von Kleinbahnstrecken durchgeführt werden, wobei man in erster Linie auf den Osten und auf die Verhütung der Stilllegung unbedingt verkehrsnotwendiger Kleinbahnen Bedacht nehmen will.

Mehrexport als Krisenzeichen.

Im 1. Halbjahr eine Milliarde Ausfuhrüberschuß / 567 Mill. Goldausfuhr im Juni

Die Außenhandelsziffern für den Monat Juni zeigen einen Ausfuhrüberschuß von 139 Millionen Mark. Gegenüber Mai (200 Millionen Mark) ist der Ausfuhrüberschuß nicht unerheblich zurückgegangen, er ist aber bedeutend höher als im Juni vorigen Jahres (97 Millionen M.).

Die Ermöglichung des Ausfuhrüberschusses ist eine Folge der erhöhten Einfuhr wie der rückläufigen Ausfuhr. Die Einfuhr ist von 585 Millionen Mark im Mai auf 607 Millionen Mark im Juni gestiegen, hauptsächlich infolge Erhöhung der Einfuhr von Rohstoffen. Eine günstigere Gestaltung der Konjunkturlage darf man daraus noch nicht ableiten, da die Steigerung der Rohstoffeinfuhr dafür zu gering ist und sich auf eine ganze Anzahl von Waren verteilt. Immerhin spiegelt sich doch in den höheren Einfuhrziffern für Textilrohstoffe und Kattfelle und Rindshäute die verhältnismäßig gute Beschäftigung der Textil- und Lederindustrie. Wenn aber auch die Einfuhr von Eisenerzen zugenommen hat, so ist das nur ein Zeichen für die miserablen Lieferungsverträge der Schwerindustrie, da ja die Eisenerzlager überroll sind.

Außenhandel im Juni (in Millionen Mark)

Warengruppen	Einfuhr	Ausfuhr ohne Reparations- und Sachlieferungen	Reparations- und Sachlieferungen
1. Lebende Tiere . . .	4,2	5,3	0,1
2. Lebensmittel u. Getreide . . .	166,8	24,8	0,4
3. Rohstoffe und halbfertige Waren . . .	322,5	137,2	12,5
4. Fertige Waren . . .	114,1	546,2	20,1
Zusammen 1—4 . . .	607,3	713,4	33,4
5. Gold und Silber . . .	47,8	570,4	

Die Ausfuhr ist von 747 Millionen Mark im Mai auf 713 Millionen Mark im Juni zurückgegangen; dazu sind noch Reparationsfachlieferungen von 33 Millionen Mark (im Mai 37 Millionen Mark) zu rechnen. Von dem Gesamtrückgang von 37 Millionen Mark entfallen 26 Millionen Mark auf den Rückgang der Fertigwarenausfuhr. Doch ist dieser Rückgang noch Ansicht des Statistischen Reichsamts überwiegend auf das weitere Sinken des Preisniveaus zurückzuführen, das sich im Monat Juni um weitere 3 Prozent ermäßigt hat. Hebrigenz pflegt vom Mai zum Juni stets ein saisonbedingter Rückgang der Ausfuhr einzutreten, der in diesem Jahre sogar erheblich geringer als im Vorjahre war. An dem Rückgang der Fertigwarenausfuhr waren

Textilwaren mit 12 Millionen Mark und Eisenwaren mit 11 Millionen Mark beteiligt.

Außerordentlich bemerkenswert sind diesmal die Außenhandelsziffern für Gold und Silber. Die Ausfuhr, die im Mai nur 2,6 Millionen Mark betragen hatte, erreichte den Rekordbetrag von 570,4 Millionen Mark; davon waren 567 Millionen Mark Goldabgaben der Reichsbank. Von den Goldsendungen gingen 391 Millionen Mark nach Frankreich, 76 Millionen Mark nach Holland, 74 Millionen Mark nach Belgien und 26 Millionen Mark nach der Schweiz. Auch die Einfuhr von Gold und Silber erhöhte sich, von 29,4 auf 47,8 Millionen Mark. Darunter waren Goldbezüge der Reichsbank aus Rußland (22 Millionen Mark) und Großbritannien (17 Millionen Mark).

Im ersten Halbjahr 1931 betrug die Gesamteinfuhr 3700 Millionen; sie ist um nahezu 1 Milliarde geringer als im zweiten Halbjahr 1930 und um mehr als 1,8 Milliarden geringer als im ersten Halbjahr 1930 gewesen. Wenn auch ein bedeutender Teil dieses Einfuhrrückganges auf Preisentungen zurückzuführen ist, so bleibt doch ein starker mengenmäßiger Rückgang, der für die außerordentlich schlechte Beschäftigung der deutschen Wirtschaft bezeichnend ist.

Die deutsche Handelsbilanz halbjährlich (in Millionen Mark)

Zeit	Einfuhr	Ausfuhr (mit Reparations- und Sachlieferungen)	Ausfuhrüberschuß
1. Halbjahr 1930 . . .	5 541	6 296	665
2. Halbjahr 1930 . . .	4 677	5 831	1 153
1. Halbjahr 1931 . . .	3 793	4 795	1 002

Noch etwas stärker als die Einfuhr ging im ersten Halbjahr 1931 die Ausfuhr zurück, um mehr als eine Milliarde Mark auf 4768 Millionen Mark; gegenüber dem ersten Halbjahr 1930 betrug der Rückgang allerdings nur 1,4 Milliarden Mark. Der Ausfuhrüberschuß von 1 068 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1931 ist daher etwas geringer als im 2. Halbjahr (1 153 Millionen), aber bedeutend höher als im 1. Halbjahr 1930 (663 Millionen).

Gegenüber falschen Argumenten muß also wieder festgestellt werden: die „Aktivität“ der Handelsbilanz allein hilft der deutschen Volkswirtschaft in keiner Weise. Sie ist jetzt ein Zeichen der Krise.

Alexander v. Sacher-Masoch: *Kavaliere*

Der Apothekergehilfe packt erregt seine spitze, gerötete Nase und zertrümmert daran aus Beibehaltung. Das tat er immer, wenn er vor ungewöhnliche, plötzliche Entscheidungen gestellt wurde. Dann sagte er heiser, im Frägelton:

„Drillinge“ — — —

Dieser Rauch hing in der Luft des Raumes. Alle Gegenstände, die Tische, Stühle und Menschen verschwanden fast in dieser enormen Rauchwolke. Das Büfett mit Fräulein Mizzi, der Kassiererin, glitt wie ein Schiff durch den Qualm, die Spiegel waren erblüdet, das Licht der ausgebrannten, elektrischen Birnen am billigen Kronleuchter kämpfte verzweifelt gegen die Dämmerung an und hinsten, in einer Ecke, stand Biderka mit dem Bratschenmann und dem Klarinettenisten und ließ durch den Rauch zarte Melodien herüberklingen.

Roten Wein trank ich im Traum,
Auf den Beinen steh ich kaum . . .

Diese berühmte Begebenheit spielte sich im Café „Zum grünen Baum“ ab. Ich brauche wohl nicht erst zu sagen, daß es sich um das vornehmste Café des Städtchens handelte.

— — — „Drillinge“, sagte der Apothekergehilfe nochmals und bedachte jäh entschlossen die Karten auf. Seine Miene zeigte ein seltsames Gemisch von Unverschämtheit und Angst.

Michael Buda, sein Gegenüber, hob den struppigen, kugelrunden Kopf und starrte den Gehilfen an. Seine Augen waren verglast, denn es ging gegen halb ein Uhr nachts und sie hielten bereits bei dem zehnten Liter. Im Gegensatz zum Apothekergehilfen schien Michael Buda in diesem Moment ungewöhnlich ruhig zu sein. Undurchdringlich schimmerte sein Gesicht zum Gehilfen herüber. Eine Mimik verstrich, die einer kleinen Unendlichkeit gleichkam. Dann sagte Michael mit eintöniger Stimme:

„Bierlinge“.

Der Apothekergehilfe, der sich inzwischen, von unerträglicher Spannung erfüllt, vorgebeugt hatte, fiel leblos in seinen Sessel zurück. Nach einer Weile kam er aus seiner Bestenlosigkeit einen lächerlich kleinen Bleistiftstummel hervor und schrieb auf ein Blatt Papier unter eine lange Zahlenkolonne weitere 1 Krone 50 Heller dazu. Das war so eine liebe Gewohnheit und diente mehr zur Wahrung des äußeren Ansehens vor dem Ober Stanislaus. Denn niemals dachten der Gehilfe oder Michael Buda ernstlich daran, diese Spielverluste zu begleichen. Abend für Abend sahen die zwei Freunde im „Grünen Baum“ und pokerten, während sie — je nach dem Stand ihres momentanen Kredites — größere oder kleinere Quantitäten Erlauer vertilgten.

„Genug für heute!“ rief Michael Buda plötzlich und fuhr sich verzweifelt in den wilden Haarjoch. Dann sagte er, den Freund jäh anblickend: „O, Freundchen, schwerer Kummer plagt mich. Es ist kaum auszuhalten.“

„Ich ahnte es gleich, denn du siehst bedrückt aus.“

Dies sagte der Apothekergehilfe mit teilnehmender Stimme, aber in seinem Herzen tanzten tausend kleine, übermütige Teufel und er empfand bei Michael Budas zerquältem Anblick verwerfliche Schadenfreude. Dieser Apothekergehilfe war als großer Rechtsmann und althergebrachter Spatzvogel bekannt, verfügte über eine ausschweifende Phantasie, der er durch das Lesen nie endenwollender Fortsetzungsromane zu ihrem Rechte verhalf.

Der niederträchtige Kerl ahnte, was in Michael Budas sturmbelegter Brust vorging, denn natürlich handelte es sich um Fräulein Leonie, die Tochter des Gemischtwarenhandlers Berksfaster.

Fräulein Leonie, ein langaufgeschlossenes, blondes Mädchen, war das holde Ziel von Michael Budas geheimen Sehnsüchten. Zwar hatte er noch nie mit ihr gesprochen, aber als er sie vor etwa fünf Tagen am Abendtorso zum ersten Male erblickte, stürzte die Welt um ihn zusammen und er empfand plötzlich jenes bekannte Schwindelgefühl, das uns bei „Liebe auf den ersten Blick“ zu befallen pflegt. Seither war er wie ausgetrocknet, er vernachlässigte seine Arbeit (d. i. ging überhaupt nicht mehr ins Amt), ah nicht mehr und magerte stückweise ab. Dafür trank er unmäßig, um seinen Kummer zu erlösen. Der Apothekergehilfe hatte das Aufkeimen dieser Liebe beobachtet, stand jedoch der Herzenswohl seines Freundes verständnislos gegenüber. In seinen Gedanken verglich er Fräulein Leonie mit einer dürren Bohnenstange, fand sie völlig reizlos, überdies hatte sie schadhafte Zähne. Andererseits hatte er genügend oft erfahren, daß Liebe blind sei, und behielt daher sein Urteil über Leonie für sich.

„O, o,“ seufzte Michael Buda und stierte mit verglasten Augen vor sich hin.

In diesem Augenblick kam dem Apothekergehilfen ein teuflischer Einfall.

„Du müßtest ihr eine Serenade bringen,“ sagte er einfach.

Michael Budas Kopf fuhr mit einem Ruck in die Höhe und er starrte mit leuchtenden Augen wie geistesabwesend in die Luft. Dann sprang er auf, ergriff die Hand des Gehilfen und schüttelte sie begeistert:

„Das ist es! Das ist das Richtige!“ Mit diesen Worten wollte er davonstürzen, aber der Apothekergehilfe ergriff ihn noch rechtzeitig am Rockzipfel:

„Es ist jetzt halb eins,“ sagte er. „Um ein Uhr schläft Stanislaus das Lotal, Biderka ist also erst noch eins verfügbar. Bis dahin wirst du dich wohl oder übel gebulden müssen.“

„Reinst du,“ antwortete Michael verwirrt und setzte sich wieder.

Das wollte der Gehilfe. Und jetzt legte er los. Er erläuterte die Einzelheiten der beschlossenen Serenade. Dabei sicherte er immer wieder still in sich hinein, denn er wußte, daß Fräulein Leonie am gleichen Nachmittage für fünf Tage zu ihrer Tante auf das Land gereist war. Michael Buda hingegen — so vermutete der Gehilfe — wußte dies nicht. Aber darin irrte er sich. Denn zwar hatte Michael Buda in keiner Verzweiflung die ganze Zeit über dieser Tatsache nicht gedacht, aber jetzt plötzlich durchsah er ihn blühartig die Erkenntnis, daß eine Serenade ja unter solchen Umständen mehr als lächerlich wäre und im gleichen Augenblick sah er dem Gehilfen misstrauisch in die Augen. In dessen Gesicht war Schadenfreude zu lesen. Kein Zweifel, dieser Kerl wollte ihn in der Nacht Biderkas Lieder vor einem Fenster aufspielen lassen, hinter dem niemand wohnte. „Warie, Holunke,“ dachte Michael Buda, als er in seinen Erwägungen bis hierher gelangt war. „Ich will dir's zeigen!“ Er erhob sich, trat vor den noch immer still vor sich hinschielenden Gehilfen und gab ihm von rechts und links ein paar Schallende hinter die Ohren. Der Gehilfe sprang empört auf, öffnete und schloß ein paar Mal den Mund, konnte aber keinen Ton hervorbringen. Inzwischen kehrte Michael Buda ruhig an seinen Platz zurück, setzte sich nieder und murmelte nur noch:

„Du weißt, weshalb du sie bekommen hast. Ich kenne dich, du nichtsmühiger Schwabronneur.“

Der Gehilfe wußte es und schwieg.

Nach einer Weile brüllte Michael:

„Stanislaus, noch eine Flasche!“

Stanislaus wackelte durch den dicken Rauch herbei, brachte die Flasche und füllte beide Gläser. Der Gehilfe wollte erst seinen Anteil gekränkt zurückweisen, befiel sich jedoch dann anders. Sie tranken schweigend. Eine halbe Stunde später, kurz vor der Sperr-

stunde, waren sie bereits wieder in angeregter Unterhaltung. Michael Buda schlug sich ein ums andere Mal schallend auf die Schenkel und lachte unbändig.

— — — Verdammt Kerl! Eine Serenade für den Mond spielen zu lassen!

Wohel mir einfällt, daß Seine Hoheit, der Herr Kreisrichter, leztlich einen mächtigen Reinfall erlebte. Du weißt doch, wie er nach Fräulein Jusch verrückt ist. Auch er nahm Biderka mit, von diesem weiß ich den Hergang der Geschichte. Jusch wohnt in der Türkengasse, dorthin zogen sie also, Biderka, der Bratschenmann und der Kreisrichter. Kennst du das Haus, in dem Jusch wohnt? Rein? Es ist ein längliches Haus, und es steht eine Laterne davor. Das Fenster rechts von der Laterne ist ihr Fenster. Der Kreisrichter lernte sich jedoch in seinem Dusei und ließ Biderka mit dem Bratschenmann links von der Laterne aufstellen nehmen. Dort spielten sie nun bis zum Morgengrauen die feurigsten Lieder, während der Kreisrichter, an die Mauer gelehnt, schnarchte. Und weißt du, was dabei herauskam, habaha?“

„Ich weiß es nicht“, entgegnete der Gehilfe, sich interessiert vorneigend.

„In der Morgendämmerung sah nun Biderka zufällig von seiner Seite auf. Er sah auf und wäre fast auf den Hintern gefallen vor Überraschung, denn er erkannte, daß er die ganze Zeit über vor einem blinden Fenster gespielt hatte. Hoho! Vor einem Fenster ohne Glas und Rahmen, einem zugemauerten Fenster. Merkst du was?“

Michael Buda lachte so, daß sein Bauch wackelte, der Tisch zitterte und die Gläser aneinanderklangen. Fräulein Mizzi, die

Rassenfee, fuhr aus ihrem Halbshummet auf von diesem dachnenden Lachen.

Nach der Gehilfe lachte, und zwar so, daß ihm die Tränen über die Wangen liefen.

In diesem Augenblick rief Stanislaus laut und schallend: „Sperrstunde!“

Die zwei einzigen Gäste des Cafés erhoben sich und forkelten Arm in Arm in die Nacht hinaus. In der Raibausecke trennten sich ihre Wege, lachend schüttelten sie sich die Hände und noch immer lachend entfernten sie sich nach verschiedenen Richtungen.

Der Gehilfe, der unsicher auf den Beinen stand, suchte mit seinem Spazierstock in der Luft herum und grübelte Biderkas Lieblingslied vor sich hin:

„Roten Wein trank ich im Traum...“

Dann fiel ihm wieder der Kreisrichter und das zugemauerte Fenster ein, und da er gerade an der Ecke der Türkenstraße vorbeikam, dachte er, vor sich hinstierend: „Ich muß mir die Stelle ansehen, bishih, ein zugemauertes Fenster.“ Er näherte sich der demütigen Stelle. In diesem Hause wohnte Jusch, die Flamme des Kreisrichters. Hier stand jene gewisse Laterne. Der Gehilfe suchte mit dem Stock in der Luft herum. Er konnte die Laterne in der Dunkelheit nur schwer erkennen. Er lachte glucksend, dann stieß er mit dem Stock zu. Eine Scheibe irrte, der Gehilfe starrte blöde vor sich hin. Kurz darauf blühte ein Licht auf, die Türe öffnete sich und heraus stürzte ein großer Mann im Nachthemd, der dem Gehilfen wie ein Ungeheuer vorkam. Das Ungeheuer stürzte auf den Gehilfen los, hieb ihm ein paar schallende Ohrfeigen herunter und verlegte ihm überdies noch einen kräftigen Fußtritt. Da kam Bewegung in den Gehilfen, der bis jetzt mit offenem Munde erstarrt dagestanden hatte. Er nahm einen Anlauf und stürzte die dunkle Straße hinab, um wenigstens unerkannt zu entkommen. Im Laufschritt dachte er an Michael Buda und ballte die Faust.

M. Sofftschenko: *Doktor der Medizin*

Der Zug hat zehn Minuten Aufenthalt. Das Publikum stürmt die Wagen. Ein stiller Bürger mit einem Sack auf dem Rücken bahnt sich eisigen Schrittes den Weg durch die Menge. Mit hängenden Ohren und blaßer Hautfarbe hat er das Aussehen eines Intellektuellen, der augenscheinlich wenig auf Gymnastik gibt und noch weniger auf regelmäßige Versammlungsbesuche. Der Sack auf seinem Rücken ist von beträchtlichem Umfange. Was er wohl darin haben mag? Sicher keine Tannenzapfen, sondern Weizen oder Speck, am ehesten wohl Mehl. Wahrscheinlich, aus den Röhren stinkt Mehlstaub.

Der Assistent des Stationsvorstehers läßt seinen Blick über die ihm anvertrauten Reisenden hinschweifen und erblickt den Sackträger. Er gibt dem Geheimpolizisten einen Wink: Hab Acht auf den da! Wieder ein Beweis dafür, daß Spekulanten und Sackträger die Erntezeit benutzen, um ihr Schätzchen ins trockne zu bringen. — „Bierzig bis fünfzig Spekulanten entführen täglich dem Dorfe das kostbare Getreide“, sagt er zum Geheimpolizisten. „Es ist ein Jammer!“

Wachend hat der Intellektuelle seinen Sack in den Wagen bugsiert und unter der Bank versteckt. Nun sitzt er da mit ungeschulter Miene. Der Diensthabende sagt zum Geheimpolizisten: „Wir ist, als hätte ich den Alten da schon mal gesehen. Ganz recht, in der vorigen Woche. Er verstaute da irgendwelche Säcke und Körbe im Coupé.“

„Man muß seinen Ausweis fordern und sein Gepäck untersuchen“, sagt der Kriminalbeamte.

„Haben Sie die Güte, Ihren Sack aufzuladen und uns zu folgen!“ menden sich die Beiden an den Passagier. Der wird weiß wie eine Leinwand. „Worum handelt es sich? Ich fahre nach Moskau. Hier sind meine Ausweispapiere. Ich bin Doktor der Medizin.“

„Natürlich! Alle seid ihr Doktoren! Doch gleichviel, haben Sie die Güte, ohne weitere große Redensarten auszustiegen!“

„Aber der Zug kann unterdessen abfahren.“

„Keine Ursache zur Beunruhigung für Sie. Um so mehr, da Sie ohnehin wenig Aussicht haben, mit diesem Zuge zu fahren.“

Der Reisende atmet schwer, läßt sich ans Herz, an den Puls. Aber da hilft kein Baierwiler; er muß wohl mit. Er halt den Sack hervor, läßt ihn auf und geht hinter den Andern her.

„Man sollte den Spekulanten, die die frische Ernte ausführen, einen gehörigen Denkartel geben; dann würde alles mit einem Schläge ein Ende haben. Mach mal den Sack da auf und laß sehen, womit er vollgestopft ist!“

„So schnürt ihn doch selbst auf, wenn ihr wollt! Ich bin doch nicht euer Handlanger. Ich muß mich überhaupt wundern, weshalb ihr euch ausgerechnet an mich gehängt habt.“

Der Sack wird aufgeschürt. Zu oberst liegt ein Laib Brot.

Gegen Enten kämpfen Millionäre auch vergebens . . .

Sie hatten sich in den Kopf gesetzt, großangelegte Wildentenjagden zu veranstalten. Da sie Geld wie Heu hatten, gründeten sie eben in der Nähe von New York eine Wildentenfarm für die Vögel und „züchteten“ sie sozusagen künstlich, um sie dereinst niederfallen zu können. Den ganzen Sommer hindurch führten gutgezahlte Pfleger die braven Wildenten, die ihr Schicksal zufällig nach der Insel verschlug, auf der sie die Farm besaß. Man könnte beinahe annehmen, daß es sich in Wildentenzüchtungen herumsprochen hatte, daß da und da ein Wildentendorado entstanden sei, denn die dummen Tiere kamen in hellen Scharen. Sie ließen sich jüttern, sie wurden Tag für Tag fetter und ihre Zahl erreichte in wenigen Monaten etwa dreitausend. Horrido, freuten sich die jagdlustigen Millionäre der besten New Yorker Gesellschaft, das gibt im Winter eine Wildentenjagd, wie sie die Vereinigten Staaten noch nicht erlebt haben. Der Winter kam. Der Tag der Sensationsjagd wurde angelegt. Die Wildenten flüchteten verwirrt vor den Treibern. Aber nicht allzu schnell. Denn sie waren viel zu dick und fett geworden. Und das Fliegen haben sie grundtätlich ausgegeben. Horrido, die wackeren Jäger mußten unorientierter Dinge heimwärts ziehen. Denn gegen so ihm gewordene „Wild“-Enten kämpfen leider Millionäre auch vergebens.

Die tiefste Schachtanlage der Welt

In Morro Velho in Brasilien befindet sich die einer britischen Bergwerksgesellschaft gehörige gleichnamige Goldmine, die den Tiefenrekord im Weltbergbau hält. Englische Mineningenieure haben dort eine Schachtanlage geschaffen, die nahezu 2,4 Kilometer in die Erde hinabreicht. Das ist die größte Tiefe, in der gegenwärtig Menschen arbeiten. Die Entfernung von der Sohle des Schachts bis an die Oberfläche ist so groß, daß der Abstieg in mehreren Etappen erfolgen muß. Vermittels Fahrstühlen, Drahtseilbahnen und gutge-

„Ah, ein netter Doktor! Stopft sich den Sack mit Brot voll. Ausgezeichnet! Wollen mal den Sack ausschütten.“

Der Sack wird ausgeschüttet. Armselige Wäsche, Unterhosen. Aus einer alten Decke kommt ein Instrumentenkasten zum Vorschein. Ein paar wissenschaftliche Bücher sind auch dabei. Das ist alles!

Die beiden Vertreter des Gesetzes ergehen sich in Entschuldigungen: „Wir packen alles wieder ein. Fahren Sie, bitte, unbeleert ab!“

Der Doktor der Medizin sagt: „Das alles ist überaus beleidigend für mich. Als Doktor der Medizin in der Vorpostenarmee der Kollektivwirtschaft dürfte ich alles andere beanspruchen, als aus dem Wagen geschleift zu werden und mein Gepäck durchwühlt zu sehen.“

Kaum ist das Wort von der Kollektivwirtschaft und der Vorpostenarmee gefallen, als der Stationschef am ganzen Leibe zu zittern beginnt und sich in wiederholten Verbeugungen ergeht. „Bitte gütigst zu entschuldigen; es war ein bedauerlicher Mißgriff . . . Der Sack hat uns eben irreführt.“

„Den Sack habe ich von den Bauern. Meine Frau, die ebenfalls Doktor der Medizin ist, hat den Koffer aus der Kollektivwirtschaft nach Moskau mitgenommen. Ich selbst bin wegen der plötzlich ausgebrochenen Magenepidemie zurückgeblieben. Sie entsinnen sich wohl; ich half meiner Frau damals das Reisegepäck verstaufen.“

„Ja, ja, ich entsinne mich schon.“

In größter Hast wird alles wieder in den Sack gepackt, und höchst persönlich tragen die Beiden ihn in den Wagen. Sie besorgen dem Intellektuellen einen Ploß, drücken ihn sorglich in die Ecke, damit er, ermüdet und erschöpft von dem unlieblichen Erlebnis, nicht zu sehr durchgerüttelt werde, reichen ihm die Hand und bitten noch einmal um Entschuldigung. „Wir bebauern aufs tiefste, einen Mann beunruhigt zu haben, der sich im Kollektiv abplagt, die Leute zu heilen, und noch einen Monat über die festgesetzte Frist dableibt wegen einer Magenepidemie. Wir bitten inständigst um Verzeihung.“

„Na, schon gut. Sorgt nur, daß der Zug bald abfährt! Mir dreht sich alles im Kopfe herum von eurem Uebelreifer.“

Der Geheimpolizist und der Stationschef verneigen sich ehrerbietig und verlassen den Wagen. „Auch in dieser Gesellschaftsklasse sind nicht alle Hundesöhne,“ meinen sie zu einander. Es gibt doch noch welche unter ihnen, die von Ort zu Ort wandern, um ihr Wissen und ihre Kraft dem Volke zu opfern.“

Der Zug setzt sich in Bewegung. Rechtzeitig hat der Stationschef noch in höchsteigener Person ein paar Zeitungen erstanden und reicht sie dem Reisenden durch das Fenster hinein. „Etwas zu lesen“, sagt er. „Die Zeit wird leicht lang unterwegs.“

Das Signal ertönt. Der Stationschef und der Kriminalbeamte greifen an die Mäße. Die Lokomotive gibt Kolddampf: der Zug legt sich in Bewegung.

(Aus dem Russischen übertragen von Hans Waldenburg.)

mit einem starken, an Stahlflossen hängenden Rippwagen. Die erste Etappe, die der allemraubenden Fahrt in den Schacht, ist ein Niedergleiten in Fahrstühlen bis zu einer Tiefe von über 700 Metern. Dann werden die Wagen gewechselt, um in mehreren Fallstappn von je 150 Metern bis zum Grunde zu gelangen, so daß der ganze Weg von der Oberfläche bis zur tiefsten Sohle und zurück meist vier Stunden in Anspruch nimmt. Auf der Sohle des Schachts herrscht eine mörderische Hitze. Zur Bekämpfung der Temperatur und der schlechten Stidluft dient eine Lüftungsanlage, die die unteren Galerien und Quergänge mit Luft versieht. Oben arbeitet eine zweite Anlage zur Luftführung mit Inbuktionsventilatoren, die in der Minute 30 000 Kubikmeter Luft in die Tiefe pumpen. Die Notwendigkeit dieser Anlagen ergibt sich ohne weiteres aus der Tatsache, daß die Temperatur an den Schachtwänden etwa 60 Grad Celsius beträgt.

Die Elefanten bleiben konservativ

In Bangkok residieren bekanntlich die heiligen Elefanten von Siam. In der Mitte der Stadt der auf Pfählen stehenden Bambushäuser befindet sich die ummauerte steinerne königliche Residenz; hier sind auch die Gemächer der weißen Elefanten. Zugurereisenden ist gegen entsprechende Entlohnung erlaubt, den Rüsselkrieger ihre Aufmerksamkeit zu machen. Bisher war der Tierbesuch mit keinerlei besonderen Zeremonien verbunden. In Zukunft soll dies anders werden. Die heiligen Elefanten sind wenig fortschrittlich. Als sie neulich von Amerikanern besichtigt wurden, benahmen sie sich äußerst nerods und zeigten deutlich ihren Unwillen. Sie waren zweifelsfrei, so meint es zumindest das Hofpersonal, über alle Rahmen empört wegen der wenig standesgemäßen Bekleidung der Besucher, die sämtlich in schlichten Touristenanzügen erschienen waren. Um den Kerger der Tiere nicht wieder zu erregen, kam man ein Ufas heraus, monoch nur Gäste in großer Galaollette zugelassen werden. Ja, die Elefanten können sich es leisten: sie bestehen heute wie zuvor auf strikte Einhaltung der spanischen Hofetikette.